

---

FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY

Working Paper Nr. 2

## **Ausgeloste Bürgerparlamente**

Warum die Politikwissenschaft dringend empirische Forschung  
zur aleatorischen Demokratie braucht

Timo Rieg, Dipl.-Journ. Dipl.-Biol.

Kontakt über:

Prof. Dr. Michael Meyen

Universität München

Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung

Oettingenstraße 67

80538 München

michael.meyen@ifkw.lmu.de



<https://fordemocracy.hypotheses.org/>

Bayerisches Staatsministerium für  
Wissenschaft und Kunst



April 2020

**Timo Rieg**  
**Ausgeloste Bürgerparlamente**

**Warum die Politikwissenschaft dringend empirische Forschung  
zur aleatorischen Demokratie braucht**

Working Paper Nr. 2  
Bayerischer Forschungsverbund Zukunft der Demokratie  
April 2020

<https://fordemocracy.hypotheses.org>  
Working Papers

---

© by the author  
**Timo Rieg**, Dipl.-Journ. Dipl.-Biol.

Downloads: <https://fordemocracy.hypotheses.org/2765>

Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy  
[www.fordemocracy.de](http://www.fordemocracy.de)

Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy  
Ludwig-Maximilians-Universität  
Geschwister-Scholl-Platz 1  
80539 München  
Geschäftsführung: Sabine Toussaint M.A.

## Zusammenfassung

Bürgerbeteiligung, deren Partizipanten ausgelost werden, erlebt seit etwa zwei Jahren eine stark wachsende Aufmerksamkeit. Inspiriert von den Ergebnissen der irischen „Constitutional Convention“ und dem Nachfolgeprojekt „Citizens' Assembly“ setzen sich in Deutschland und Europa zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen für ähnliche ausgeloste Bürgerversammlungen ein, die politische Fragen unabhängig von Parteipositionen beraten und Lösungen vorschlagen sollen. Obwohl die zugrundeliegenden Verfahren aleatorischer Deliberation schon seit über 40 Jahren regelmäßig im Auftrag von kommunalen und staatlichen Einrichtungen zum Einsatz kommen, hat die Politikwissenschaft dieses Feld bisher kaum beachtet. Noch weniger Beachtung geschenkt hat sie der weiterreichenden aleatorischen Demokratie, bei der ausgeloste Bürger nicht mehr nur unverbindliche Vorschläge erarbeiten, sondern Gesetze machen. Prominentester Vertreter dieser demokratischen Reformüberlegungen, die an eine Praxis im antiken Athen anschließen, ist der Belgier David Van Reybrouck, dessen erstmals 2016 erschienenes Buch „Against Elections“ ein weltweiter Bestseller geworden ist.

Unter anderem als Praktiker in sogenannten Planungszellen beobachtet der Journalist Timo Rieg die Entwicklung aleatorischer Deliberation und Demokratie seit vielen Jahren. Im vorliegenden Beitrag ordnet er die bisherige Debatte ein, skizziert sein bereits 2013 vorgeschlagenes Modell aleatorischer Bürgerparlamente und zeigt auf, wie eine empirische Forschung zur aleatorischen Demokratie aussehen könnte.

## Inhaltsverzeichnis

1. Prolog .....	2
2. Ausgangssituation .....	6
3. Beispiele für die Unzulänglichkeit der Parteien-Demokratie .....	7
3.1. Nachhaltigkeit .....	8
3.2. Freiheit oder Bevormundung .....	9
3.3. Verweigerung von Volksabstimmungen .....	10
4. Reformdebatte .....	11
5. Aleatorische Demokratie .....	15
5.1 Ämterauslosung .....	15
5.2 Gremienauslosung .....	17
6. Das aleatorische Bürgerparlament .....	19
7. Abgrenzung zu anderen Modellen aleatorischer Demokratie .....	26
8. Ausblick: Erprobungsmöglichkeiten .....	29
9. Literaturverzeichnis .....	34
10. Über den Autor .....	39

*Timo Rieg*

Ausgeloste Bürgerparlamente

Warum die Politikwissenschaft dringend empirische Forschung  
zur aleatorischen Demokratie braucht

## **1. Prolog**

Das Streben nach politischer Macht folgt einem evolutionär entwickelten Prinzip, das in der Größe heutiger Gesellschaften biologisch leider ins Leere läuft, ja mangels Rückbindung sogar oft das Gegenteil dessen bewirkt, wozu es über mehrere Jahrhunderttausende Menschheitsgeschichte zweckdienlich war. Seitdem einzelne Menschen die Herrschaft über riesige Gruppen beanspruchen, die längst nicht mehr ihre genetische Population bilden, ist einerseits die ebenso biologisch evolvierte Gefolgschaft bzw. Subordination Millionen Individuen zum tödlichen Verhängnis geworden, wie andererseits das völlige Versagen der Führerschaft häufig recht schadlos überstanden wurde. Zwar präsentiert uns die Geschichte der Zivilisation eine ganze Reihe von Meuchelmorden an Herrschern aller Couleur, doch viel interessanter ist, dass in wie vielen Fällen die menschlichen Rudel-Führer kaum persönliche Konsequenzen tragen mussten und größten Blutbädern wie anderen Katastrophen gesund und munter entstiegen sind, um hernach – soweit möglich – weiter ihrem Machtstreben nachzugehen.

Für diese wenig spektakulären Befunde erntet man als Ethologe außerhalb seines Fachs im mildesten Falle ein süffisantes Lächeln (gefolgt von Abwendung – „Lass den Spinner reden“), häufiger jedoch gehörige Empörung: Biologismus sei das, eine Unverschämtheit, der menschlichen Zivilisation und dem demokratischen Fortschritt mit Analogien aus dem Tierreich zu kommen.

Weil Glaubensbekenntnisse jedoch nur wenige Probleme lösen, werbe ich in diesem Beitrag dafür, dass sich die Politikwissenschaft stärker mit der „aleatorischen Demokratie“ beschäftigt.<sup>1</sup> Die Dringlichkeit dieses Anliegens begründe ich als Journalist und Biologe. Der Vorschlag, wie aleatorische Demokratie konkret in Deutschland zu implementieren wäre, basiert u.a. auf langjährigen Erfahrungen mit dem Verfahren „Planungszelle“ und eigenen Experimenten (Rieg 2013b).

---

<sup>1</sup> Vgl. zum sehr bescheidenen wissenschaftlichen Output die umfangreiche Literaturanalyse von *Antoine Vergne*, Kleros & Demo. La théorie du tirage au sort en politique au banc d'essai de la pratique de la Planungszelle et du jury citoyen / Die Theorie des Losverfahrens in der Politik auf dem Prüfstand der Praxis der Planungszelle und der jury citoyen, Institut d'Études Politiques de Paris/ Freie Universität Berlin 2011.

Die referierte Literatur soll nicht den Anschein erwecken, ich sei Politikwissenschaftler – sie ist nur Ergebnis meiner journalistischen Beschäftigung mit Demokratie. Daher ist es auch keineswegs mein Anspruch, den fachkundigen Leserinnen und Lesern hier Neues zu ihrem Metier zu berichten, sondern nur einen anderen Blickwinkel anzubieten auf das, was sie bestens kennen, uns aber alle betrifft: die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens im politischen System Demokratie.

*Transparenzhinweis:* Der Aufsatz wurde auf ausdrückliche Einladung der Redaktion am 23. November 2018 bei der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ (ZParl) eingereicht und am 1. April 2020 mit folgender Begründung abgelehnt:

„Sie haben ein grundsätzlich interessantes Thema gewählt, das wir auch schon in der ZParl behandelt haben. Zudem ist ein frischer Blick von außen oft ohne Frage hilfreich. Jedoch ist Ihr Manuskript leider nicht als konsequent argumentierender Text verfasst, der einen konkreten Vorschlag herausarbeitet und unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes begründet und belegt. Hinzu kommt unser Eindruck, dass Ihren Prämissen teilweise eine eher von Vorurteilen geprägte Perspektive auf das parlamentarische Regierungssystem zugrunde liegt.“

Für die Veröffentlichung als Working Paper im Forschungsverbund Zukunft der Demokratie wurde der Beitrag aktualisiert, was aufgrund der rasanten Entwicklung auch der ZParl bereits vorgeschlagen war. Die Literaturangaben wurden bei der ursprünglich vorgeschriebenen deutschen Fußnotenvariante belassen, allerdings für die Übersichtlichkeit um eine Zusammenstellung am Ende ergänzt. Ergänzungen sind ggf. nach dem in der deutschen Kommunikationswissenschaft üblichen amerikanischen Verfahren eingefügt, um das fragile Fußnotensystem und damit die Nerven des Verfassers zu schonen.

## 2. Ausgangssituation

Die Diskussion über grundlegende Reformen des politischen Systems ist weitgehend eine – im negativen Wortsinn – rein akademische. Viel Kluges wird erdacht, doch es verbleibt im Wissenschaftssystem oder in (zivilgesellschaftlichen) „Think Tanks“. Ab und zu darf zwar mal jemand einen frechen Feuilletonbeitrag schreiben oder vom Talkshow-Sessel aus Enfant terrible spielen, eine öffentliche Beschäftigung mit neuen Ideen findet jedoch kaum statt. Es gibt viele, viele Aufsätze zu Teilaspekten, beispielsweise der Einführung des Volksentscheids auf Bundesebene, aber dass Reformen wirklich nützt, weil überlebenswichtige Probleme im alten System nicht gelöst werden, wird nicht deutlich. Stattdessen wirkt vieles wie im studentischen Debattierclub – Streit als unterhaltsamer Zeitvertreib.<sup>2</sup>

Besonders groteske Ausmaße nahm dieses spezielle Amüsierformat im Sommer 2016 an, als infolge eines SPIEGEL-Interviews mit dem Belgier *David Van Reybrouck* dessen drei Jahre altes, aber gerade ins Deutsche übersetzte Buch „Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist“<sup>3</sup> kurz auf die Bestsellerliste Sachbuch rutschte und landauf, landab rezensiert wurde, m. W. überwiegend wohlwollend: „Ja, schaffen wir die Wahlen ab und lösen künftig“, feixten sinngemäß zig Meinungsmacher<sup>4</sup>, um danach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Aleatorische Demokratie – und um nicht weniger geht es in diesem Buch –: ein feuilletonistischer Spaß, ein Sommerpausenclown.

Vermutlich ist jedes noch so kleine, wenigstens theoretisch erkennbare Problem unserer parlamentarischen Demokratie fachlich mittlerweile intensiv ausgeleuchtet – in gesetzlichen Veränderungen schlägt sich kaum etwas nieder. Allein am Wahlsystem könnte man so vieles verbessern, wie etwa ein kurzweiliges Buch des Kulturjournalisten Florian Felix Weyh (2007) zeigt, – doch kein einziger Reformvorschlag muss ernsthaft mit einer Realisierung rechnen.

---

<sup>2</sup> Vgl. *dpa*: Redetalent reicht nicht. Debattierclubs für Studenten.

<http://www.sueddeutsche.de/news/bildung/hochschulen-redetalent-reicht-nicht-debattierclubs-fuer-studenten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160808-99-975905> (Abruf 7. Juli 2018).

<sup>3</sup> *David Van Reybrouck*, *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*, Göttingen 2016. Original: *Tegen verkiezingen*, Amsterdam 2013.

<sup>4</sup> Vgl. die Sammlung euphorischer Ausrufe beim Verlag, <https://www.wallstein-verlag.de/9783835318717-david-van-reybrouck-gegen-wahlen.html> (Abruf am 19. Mai 2018); als Beispiel für einen Volltext siehe *Alan Posener*, *Schafft die Wahlen ab, es ist besser, zu würfeln!* in:

<https://www.welt.de/kultur/article157522068/Schafft-die-Wahlen-ab-es-ist-besser-zu-wuerfeln.html> (8. August 2016, Abruf: 19. Mai 2018).

Beim Wahlrecht geht das so weit, dass wir seit 2013 eine nicht verfassungskonforme Regelung haben (BVerfG, 2 BvF 3/11), was zwar moniert wird, den Politikbetrieb aber nicht ernsthaft irritiert (vgl. Schäuble/ Braun/ Rossmann 2018).

Dafür verantwortlich dürften zumindest unter anderem sein, was die Soziologie „Eliten“ nennt: „die Zentren der Macht“.<sup>5</sup> In diesen Machtzentren sitzen u. a. meinungsstarke Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und Journalisten zusammen, die wiederum jeweils sehr homogene Gruppen bilden, – im Hinblick auf das Journalistenmetier gelegentlich als „Eppendorf-Syndrom“<sup>6</sup> pathologisiert. Diese Eliten wollen nicht die Welt verbessern, denn sie verdanken den vielen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten schließlich ihren Status.<sup>7</sup> Doch wer sich die Welt außerhalb dieser High Society nicht nur mit selbstgenügsamen Augen anschaut, muss konstatieren, dass unser politisches System bei essentiellen Entscheidungen komplett versagt hat, so dass man in Anlehnung an *Margot Käßmann* provozieren möchte: Nichts ist gut in Deutschland.<sup>8</sup>

### 3. Beispiele für die Unzulänglichkeit der Parteien-Demokratie

Ich möchte in aller gebotenen Kürze an zwei Großthemen skizzieren, dass Überlegungen zur Demokratiereform dringend geboten sind, um Leid zu verringern und die individuellen Chancen der Bürger zu verbessern.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> *Stefan Hradil*, Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft*, Bonn 2015, S. 10 - 29 (24).

<sup>6</sup> Ausführlicher dazu *Timo Rieg*, Biopsie-Befund: Eppendorf-Syndrom, in: <http://spiegelkritik.de/2014/05/04/biopsie-befund-eppendorf-syndrom/> (Abruf 11.05.2018)

<sup>7</sup> Beispielhaft *Robert Habeck* auf die Frage, wie es zu seinem späten Politik-Engagement kam: "Ich hatte meinen Traumjob, die Kinder waren geboren, alles war perfekt. Und in dem Moment, wo alles super war, fühlte sich das für mich so an, dass da immer noch was fehlt. [...] Es gibt eine Art Energie im Menschen, mehr zu sein als nur Privatperson. [...] Und das ist der Moment, glaube ich, warum Leute in Parteien eintreten oder sich im Ehrenamt politisch wie auch immer engagieren." Die politische Gestaltung ist, so darf man interpretieren, also auch bei ihm kein essentieller Kampf für Veränderungen, sondern das Tüpfelchen auf dem I des Wohlstands. *Jochen Wegner/ Christoph Amend*, Ist die Welt noch zu retten – und die Grünen auch?

<https://www.zeit.de/video/2018-04/5771923176001/die-lange-nacht-der-zeit-live-aufzeichnung-podcast-alles-gesagt-mit-gruenen-chef-robert-habeck> (17. April 2018, Abruf am 11. Mai 2018, Transkript ab Minute 47)

<sup>8</sup> Wikipedia, *Margot Käßmann*, [https://de.wikipedia.org/wiki/Margot\\_K%C3%A4%C3%9Fmann#Zum\\_Bundeswehreinsetzung\\_in\\_Afghanistan](https://de.wikipedia.org/wiki/Margot_K%C3%A4%C3%9Fmann#Zum_Bundeswehreinsetzung_in_Afghanistan) (Abruf am 8. November 2018).

<sup>9</sup> Für weitere Problemfelder siehe *Timo Rieg*: Was nur mit echter Demokratie geht. Warum wir das Bürgerparlament brauchen, <http://www.timo-rieg.de/2014/09/nur-mit-echter-demokratie-geht-warum-wir-das-burgerparlament-brauchen/> (Abruf 29. Oktober 2018).

### 3.1. Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Ohne die verbale Verpflichtung, nachfolgenden Generationen die gleichen Chancen zu hinterlassen, geht in Politik und Wirtschaft nichts mehr.<sup>10</sup> Das reale Handeln spottet dem Wort Nachhaltigkeit jedoch Hohn.

Dabei gibt es natürlich keine Pflicht zur Nachhaltigkeit. Leben auf Kosten anderer ist der üblichste Weg in der Natur, kollabierende Ökosysteme gehören zur Evolution. Wenn eine Gesellschaft beschließen würde, die große Abrissparty zu feiern, wäre dies nur ein aufrichtiges Bekenntnis zum genuinen Egoismus: Jetzt Profit maximieren, Unternehmen, Wirtschaft und den Reichtum einzelner wachsen lassen – ohne Rücksicht auf die Verluste anderer. Ein kurzzeitiges Survival of the Thickest – und dann Kollaps.

Weil so ehrlich aber niemand sein mag, erleben wir eine geradezu irrationale Politik, die Tag für Tag vor sich hin administriert, ohne der proklamierten Nachhaltigkeit auch nur nahezukommen (vgl. Rich 2019). Fatalistisch oder megaloman heißt es: Wir schaffen das schon, irgendwie, auch wenn die Temperatur im Weltdurchschnitt schon jetzt um mindestens drei Grad steigen wird<sup>11</sup>, auch wenn wir lebenswichtige Ressourcen verschleudert haben, wir die Welt grundlegend und in rasendem Tempo verändern und dies mit Nachwirkungen, welche jenseits aller Vorstellungskraft liegen.<sup>12</sup> Ja, man müsste u. a. den Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber wir wollen doch auch Kurzstrecke fliegen statt mit der Ökostrom-betriebenen Bahn zu fahren; jeder soll sich für ein Eigenheim auf der ehemals grünen Wiese verschulden und viel, viel Müll produzieren, denn sonst kann der Konsum ja nicht steigen, und ohne Wirtschaftswachstum landen wir von heute auf morgen in der Steinzeit ...

---

<sup>10</sup> Vgl. Arnd Hardtke/ Marco Prehn, Perspektiven der Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Erfolgsstrategie, Wiesbaden 2001, S.58.

<sup>11</sup> Vgl. Georg Ehring: "Keiner gibt zu, dass es schon fünf nach zwölf ist". [https://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-die-erderwaermung-keiner-gibt-zu-dass-es-schon-724.de.html?dram:article\\_id=418954](https://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-die-erderwaermung-keiner-gibt-zu-dass-es-schon-724.de.html?dram:article_id=418954) (Abruf am 28. Mai 2018); ausführlicher Nathaniel Rich, Losing Earth. The Decade We Almost Stopped Climate Change, <https://www.nytimes.com/interactive/2018/08/01/magazine/climate-change-losing-earth.html> (01.08.2018, Abruf vom 6. August 2018 mit einer Korrektur).

<sup>12</sup> Nichts zeigt dies so eindrücklich wie das "Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle". Das unbescheidene Ziel nach §1: "Der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ist der Standort, der im Zuge eines vergleichenden Verfahrens aus den in der jeweiligen Phase nach den hierfür maßgeblichen Anforderungen dieses Gesetzes geeigneten Standorten bestimmt wird und die bestmögliche Sicherheit für den dauerhaften Schutz von Mensch und Umwelt vor ionisierender Strahlung und sonstigen schädlichen Wirkungen dieser Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet. Dazu gehört auch die Vermeidung unzumutbarer Lasten und Verpflichtungen für zukünftige Generationen."



Dieser Irrsinn ist keineswegs auf eine Partei oder politische Richtung beschränkt, weil jeder mit Konsumversprechen Wähler gewinnen und auch selbst natürlich auf nichts verzichten möchte, weshalb außerparlamentarische Organisationen – allen voran die stets schöpfungsbewussten Kirchen – keinen Deut nachhaltiger agieren.

Die Glühbirne ist erfolgreich verbannt, das Kilo Schweinefleisch für 5 Euro im Discounter ist hingegen sakrosankt. Zielgerichtete Politik? – Fehlanzeige.

### **3.2. Freiheit oder Bevormundung**

Demokratien können nur stabil sein, wenn sie ihren Mitgliedern maximale persönliche Freiheit belassen, wie sie im Grundgesetz formuliert ist (Art. 2 Abs. 1).

Denn sobald das demokratische System individuelle Freiheiten nimmt, haben wir eine Tyrannei (wenn dies die Mehrheit betrifft) bzw. Willkür (wenn es Minderheiten betrifft).

Wer dem nicht folgen mag und jede noch so rigide Freiheitsbeschränkung zugunsten eines höheren politischen Wohls für demokratisch hält, wird dennoch zustimmen müssen, dass sich keine unserer Parlamentsparteien als paternalistisch verstanden wissen will: proklamiert wird allüberall die Freiheit.

Und so erleben wir wie beim Nachhaltigkeitsmanagement ein zielloses Verbotswirrwarr, welches nur mit mäandernd sich bahnbrechenden Machttrieben zu erklären ist. Weder darf der Bürger in Deutschland machen, was er will, solange er damit nicht die Freiheitsmöglichkeiten anderer einschränkt – immerhin als vierter Artikel zentraler Bestandteil der Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen vom 26. August 1789 –, noch wird seine Freiheit so konsequent beschnitten bzw. sein Verhalten reglementiert, dass rein empirisch ein Ziel auszumachen wäre, wie bspw. ein möglichst langes (Arbeits-)Leben, hohe Bildung, geringe Kosten für die Allgemeinheit, minimaler Ressourcenverbrauch für die Zukunft, Geistesoffenheit oder Geschlossenheit und was man sich noch alles ausdenken mag. So werden eben Staubsauger gedrosselt und zugleich Flughafenkapazitäten ausgebaut; das Baden bei Wellengang, Strömung oder Mikrobenbelastung ist verboten, aber das Autorasen wird mit entsprechenden Vorgaben für den Autobahnbau gefördert; es gibt kein Verbot gefährlicher Sportarten, aber dem wirklich Lebensmüden wird der professionell assistierte Suizid verboten (inzwischen als verfassungswidrig eingestuft, 2 BvR 2347/15 vom 26. Februar 2020).

Besonders eklatant zeigt sich der Konflikt zwischen proklamierter Freiheit und demokratisch nicht kontrollierter Herrschaft bei der staatlichen Ausübung unmittelbaren physischen Zwangs: Was unter dem Schlagwort „Polizeigewalt“ immer nur kurz für Einzelfälle medial aufgegriffen und nie wirklich aufklärerisch bearbeitet wird, ist in Wahrheit ein systematisches Versagen des Rechtsstaats (vgl. Singelstein 2013, 2018; Rieg 2019). Wie eklatant die Freiheitsbeschränkungen in Relation zu legitimen Zielen der Politik im Fall der derzeitigen Corona-Pandemie sind, wird sich verlässlich erst später beurteilen lassen. Schon heute ist allerdings zu konstatieren, dass es eine demokratische Konsultation über Kosten und Nutzen, Wirkungen und Nebenwirkungen nicht gegeben hat (Meyen 2020a, 2020b; Rieg 2020b), dass die Aussetzung von Grundrechten ohne überprüfbare Kriterien erfolgt und dass sich der Journalismus gerade nicht als „öffentlicher Diskurs über gesellschaftlich relevante Themen“ (Welker 2016: 391) darstellt (Jarren 2020; Meier/ Wyss 2020; Rieg 2020c).

### **3.3. Verweigerung von Volksabstimmungen**

Seit Jahren ergeben alle Befragungen, dass eine deutliche Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland für bundesweite Volksabstimmungen ist. Es darf diesen Bürgern egal sein, was *Joseph Schumpeter* etc. dazu mal geschrieben haben. Als Journalist habe ich diesen Bürgerwillen zur Kenntnis zu nehmen. Dem setze ich zwar hier und an anderer Stelle das Konzept aleatorischer Demokratie entgegen, – aber solange es dafür keine Mehrheit gibt, habe ich die Chronistenpflicht, auf die undemokratische Diskrepanz zwischen Willen des Souveräns und realem Machtverhältnis hinzuweisen, ob es nun ins 'System' passt oder nicht.<sup>13</sup>

Die Politik spricht den Bürgern das Recht auf diese Willensverwirklichung ab – und das ist ein Paradoxfall von Aristokratie<sup>14</sup>: Eine winzig kleine Gruppe von Menschen, die sich mehr oder weniger selbst in den Herrschaftsstand erhoben hat, bestimmt, was der großen Mehrheit erlaubt oder verboten ist (s. zur alternativen Perspektive Ibrahim 2019).

Da lobt der deutsche Bundespräsident *Frank Walter Steinmeier* bei einem Staatsbesuch in der Schweiz am 26. April 2018 die dortige direkte Demokratie, schließt aber gleichzeitig

---

<sup>13</sup> Vgl. *Frank Decker*, Direkte Demokratie auf Landes- und Bundesebene. Welche Verfahren sind geeignet? in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 3, S. 639 – 657.

<sup>14</sup> Vgl. David Van Reybrouck, a.a.O. (Fn. 3), S. 86-98.

Volksentscheide in Deutschland auf Bundesebene aus, – weil es eine „unterschiedliche politische DNA“ gebe.<sup>15</sup>

Es gilt festzuhalten: Bei vielen Bürgern gründet die Forderung nach mehr und direkter Demokratie nicht auf Langeweile, sondern echter Verzweiflung. Sie hoffen auf grundsätzliche Veränderungen: auf ein Ende der tierquälerischen Massentierhaltung, auf Begrenzung des kapitalistischen Mietwuchers, auf weniger tote Kinder im Straßenverkehr, auf ein Leben ohne finanzielle Existenzängste und bürokratieinduzierten Herzinfarkt – um nur mal ein paar sicherlich mehrheitsfähige Stichworte zu nennen. Es geht um elementare Veränderungen, um einen Aufstand gegen das Beherrschtwerden. Es geht um Gerechtigkeit und Verringerung von Leid. Wem das zu pathetisch klingt, der sollte sich mal aus seiner Komfortzone herausbewegen und einfach mehr U-Bahn fahren, im Kirchenchor singen oder mit der Freiwilligen Feuerwehr Bier trinken – dort und an tausenden anderen Orten gibt es unzählige Indizien, wie unglücklich viele Menschen in unserer freien, demokratischen Welt tatsächlich sind. Viel Unmut artikuliert sich in Bürgerinitiativen, Publikationen, Petitionen, Demonstrationen, aber auch in Griesgram, Gewalt, Burn-out, Suizid.

#### **4. Reformdebatte**

Schon ein Blick in die Menschheitsgeschichte lässt die Vorstellung absurd erscheinen, ausgerechnet in unserer Zeit sei die ideale Organisationsform menschlichen Zusammenlebens gefunden, die so vollendet gut ist, dass sie mit einer Ewigkeitsklausel versehen dem Fortschritt bzw. der humanen Evolution entzogen werden kann. Man wird dies rein statistisch für äußerst unwahrscheinlich halten dürfen. Trotzdem wird diese Fiktion wie ein heiliger Gral durch die öffentlichen Diskussionsprozessionen getragen, beispielhaft so:

„Die rechtlichen Grenzen, Losverfahren wie auch ständisch-proportionale Filter in das politische System der Bundesrepublik einzufügen, sind von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes eng gezogen worden. Dass Parlamente vom Volk zu wählen sind, bildet in unserem Verständnis von moderner Demokratie eine nicht hintergehbare

---

<sup>15</sup> Vgl. *dpa*: *Steinmeier* spricht sich gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene aus, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/steinmeier-gegen-volksabstimmungen-auf-bundesebene-15561953.html> (Abruf am 27. April 2018).

Voraussetzung und ein zentrales Kriterium zur Beurteilung der Legitimität politischer Machtausübung."<sup>16</sup>

Als hätten „die 33 Herren von Herrenchiemsee“ die Weisheit mit Löffeln gefressen<sup>17</sup>, wird ausgerechnet von der Wissenschaft jede Suche nach neuer Erkenntnis eingefriedet mit gerade nicht demokratisch gesetzten Denkwäulen. So blind klammern sich selbst die beiden großen Kirchen in Deutschland nicht mehr an ihrer heiligen Schrift. Aber es erleichtert die Arbeit natürlich, wenn man einen Großteil der Gedanken kategorisch ausschließt.

Warum das politische System bei relevanten Grundsatzentscheidungen versagt, ist natürlich auch längst bekannt. Um nur einige Gründe in Erinnerung zu rufen:

- Berufspolitiker leben von ihrer Tätigkeit. Sie können daher per se nicht (nur) uneigennützig tätig sein, fürs Gemeinwohl.<sup>18</sup> Sie vertreten immer auch ihre Jobinteressen.
- Je spezieller ein Partikularinteresse ist, umso leichter kann sich eine Lobby bilden und aktiv werden. Umgekehrt bedeutet dies: Jede grundlegende Neuregelung tangiert zahlreiche Partikularinteressen und sorgt damit für Widerstand vieler, oft starker Verbände.<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl. *Christiane Bender / Hans Graßl*, Losverfahren. Ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie? in: APuZ, 64 Jg. (2014), H 38-39, S. 31-37.

<sup>17</sup> Binnen 13 Tagen erarbeiteten sie den "kompletten Entwurf für das Grundgesetz, 95 Seiten, 149 Artikel, die teilweise alternativ formuliert waren", über den Staatsminister Anton Pfeiffer als Versammlungsleiter gesagt haben soll: "Wir machen für den Parlamentarischen Rat eine Idiotenfibel." Zitiert nach *Heribert Prantl*, Warum Deutschland eigentlich "Chiemsee-Republik" heißen müsste, <https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-warum-deutschland-eigentlich-chiemsee-republik-heissen-muesste-1.4074623> (Abruf vom 30. Juli 2018)

<sup>18</sup> Abgeordnet sollen "Vertreter des ganzen Volkes" sein (Art. 38 Abs. 1 GG).

<sup>19</sup> Eindringlich zeigt sich dies etwa im riesigen Feld der Agrarindustrie, deren tierschutzrechtliche Regelung weit hinter den Interessen der Bevölkerung zurückbleibt. Bsp: Mindestens 90% der Bevölkerung sprechen sich gegen die Tötung männlicher Eintagsküken (von Legehuhnhybriden) aus, es gibt in Deutschland nur knapp 70 relevante Brüterei-Betriebe, und doch sind bisher alle Verbotsinitiativen am Lobbydruck gescheitert. Vgl. Verbraucherzentrale NRW, Eierproduktion ohne Tötung männlicher Küken, Pressemitteilung vom 21.03.2017, <https://www.verbraucherzentrale.nrw/pressemitteilungen/presse-nrw/eierproduktion-ohne-toetung-maennlicher-kueken-9970> (Abruf am 16. Juni 2018), und Statistisches Bundesamt, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – Geflügel 2014, Fachserie 3 Reihe 4.2.3, S. 12.

- Der Souverän kann per Wahl nicht über künftige Politik entscheiden.<sup>20</sup> Dass sich Gewählte nicht an Wahlversprechen halten, hat geschichtsträchtig die Mehrwertsteuererhöhung 2007 gezeigt.<sup>21</sup>
- Auch an Konsultationen zur Entscheidungsvorbereitungen ist die Bevölkerung regelmäßig nicht beteiligt. Stattdessen nehmen Lobbyisten und Personen mit irgendwie erworbenem Expertenstatus Einfluss auf die Gesetzgebung. Dies gilt für einzelne Themen in den Fachausschüssen des Parlaments ebenso wie für Querschnittsgremien (z.B. den Deutschen Ethikrat).
- Die Einflussnahme gesellschaftlicher Gruppen auf Abgeordnete und Regierung wird nicht transparent gemacht und schon gar nicht demokratisch kontrolliert.<sup>22</sup>

Warum also haben sich bitte nicht spätestens ab Sommer 2016, da eine alte und insbesondere in der englischsprachigen Literatur fundiert verhandelte Idee es dank Medienhype zu einer gewissen Popularität gebracht hat, Forscher, Stiftungen, Akademien, Politiker, ja alle, die sich ernsthaft um die Zukunft sorgen bzw. qua Amt sorgen müssen, auf das Thema aleatorische Demokratie gestürzt und zu experimentieren begonnen? Stattdessen werden Reformideen mit nervenaufreibender Empathielosigkeit auf das Haar in der Suppe untersucht und in der einen oder anderen Form zerredet.

Während *David Van Reybroucks* Buch inzwischen ein Welthit geworden ist, zu dessen in New York erschienener Fassung kein geringerer als der ehemalige UN-Generalsekretär *Kofi Annan* das Vorwort beisteuerte<sup>23</sup>, eine Rede vom Athens Democracy Forum der New York Times 2017<sup>24</sup>, knöterte der unbestritten fachkundige Rezensent in der "Zeitschrift für Parlamentsfragen" (ZParl), es handele sich "über weite Strecken lediglich um eine Art

---

<sup>20</sup> In netter Beiläufigkeit von *Herfried Münkler* so formuliert: "Lässt man die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Revue passieren, so fällt auf, dass bis zum Ende der 1990er Jahre Regierungswechsel durch ein verändertes Koalitionsverhalten der FDP, aber nicht durch eine grundlegende Verschiebung des politischen Spektrums zustande kamen: Den Kanzler stellte die Partei, der es gelungen war, mit der FDP eine Koalition zu bilden." *Herfried Münkler*, Die Entstehung des Mitte-Paradigmas in Politik und Gesellschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn 2015, S. 206-216 (214).

<sup>21</sup> Vgl. *Timo Rieg*, Demokratie für Deutschland. Von unwählbaren Parteien und einer echten Alternative, Berlin 2013, S. 78.

<sup>22</sup> Vgl. u.a. LobbyControl: Offenlegung! Für ein verpflichtendes Lobbyregister, <https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyregister/> (Abruf am 16. Juni 2018).

<sup>23</sup> *David Van Reybrouck*, Against Elections. The Case for Democracy, New York 2018, S. IX-XVII.

<sup>24</sup> *Kofi Annan*, The Crisis of Democracy, in: <http://www.kofiannanfoundation.org/supporting-democracy-and-elections-with-integrity/athens-democracy-forum/> (Abruf: 19. Mai 2018).

Literaturbericht über einschlägige politikwissenschaftliche Fachpublikationen"<sup>25</sup>, ohne auch nur im Ansatz den konkreten Reformvorschlag zu referieren und die Relevanz des Anliegens etwa mit Verweis auf andere Bücher und laufende aleatorische Projekte halbwegs realitätsgetreu einzuordnen.

Dabei hatte es vier Jahre zuvor in der ZParl einen ambitionierten Vorstoß für eine Diskussion gegeben, woran *Van Reybroucks* Rezensent wesentlich beteiligt war:

„Ob Zufallsverfahren geeignet sind, die – tatsächlichen oder vermeintlichen – Schwachstellen der repräsentativen Demokratie zu beheben, wurde am 24. April [2013] auf einer Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen unter Leitung ihrer Vorsitzenden, *Brigitte Zypries*, MdB, diskutiert. *Hubertus Buchstein* [...] schlug vor, bestimmte politische Entscheidungen einer durch Los zusammengesetzten Kammer zu überantworten. Ganz entschieden widersprach ihm *Roland Lhotta* [...]. In seiner Replik warnte er vor einer Entkoppelung von Amt, Entscheidung und Verantwortung und ihren Ersatz durch den Zufall.“<sup>26</sup>

Auf die beiden als Aufsätze veröffentlichten Vorträge von *Buchstein* und *Lhotta* wurde seitdem gelegentlich verwiesen, und sei es nur in einer Fußnote<sup>27</sup>. Doch das Potential aleatorischer Demokratie wurde nicht weiter erörtert, was auch daran liegen dürfte, dass *Buchstein* schon nur einen sehr speziellen Anwendungsfall erläuterte, während *Lhotta* – eben das Haar in der Suppe suchend – selbst diesen Sonderfall für dogmatisch unbotmäßig hielt. Beides zusammen gab wenige Anknüpfungspunkte für eine engagierte Vertiefung.

Auch diese kurze Debatte zeigte: Es fehlt eindeutig die Empirie. Dass diese große Lücke bei einem so wichtigen Thema nicht geschlossen wird, verwundert. In der Biologie werden für

---

<sup>25</sup> *Hubertus Buchstein*, Aleatorische Demokratie: Perspektiven eines Quereinsteigers (Rezension zu *Van Reybrouck, David: Gegen Wahlen*), in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 450 - 451.

<sup>26</sup> Losverfahren in der Politik [Redaktioneller Hinweis], in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 2, S. 384; zu den beiden Vorträgen vgl. in derselben Ausgabe *Hubertus Buchstein*, Lostrommel und Wahlurne. Losverfahren in der parlamentarischen Demokratie, a.a.O., S. 384-403, und *Roland Lhotta*, Gehen Sie nicht über Los! Eine Erwiderung auf Hubertus Buchstein, a.a.O., S. 404-418.

<sup>27</sup> So z.B. bei *Oliver Lembcke*, Theorie demokratischer Repräsentation, in: *ders. / Claudia Ritzi / Gary S. Schaal* (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden 2016, S. 23-58, Fn. 21.

weitaus gesellschaftlich irrelevantere Fragen teure und große Experimente durchgeführt, die zudem in vielen Fällen erhebliches Leid verursachen – in erster Linie natürlich bei drangsalierten Versuchstieren, aber auch – für den hiesigen demokratischen Kontext nicht völlig belanglos – bei vielen mit diesen Versuchstieren empathischen Menschen, die sich dagegen bisher nicht demokratisch wehren können (vgl. Rieg/ Löblein 1995). Experimente mit aleatorischer Demokratie hingegen wären völlig schmerz- und leidensfrei durchführbar. Einziges „Risiko“ wäre die normative Kraft des Faktischen. Aber wie beobachtete schon *Alexander von Humboldt*: „Kühner als das Unbekannte zu erforschen, kann es sein, das Bekannte zu verwerfen.“<sup>28</sup>

## 5. Aleatorische Demokratie

Unter „aleatorischer Demokratie“<sup>29</sup> werden verschiedene Konzepte direkt-repräsentativer Demokratie verstanden, in der Vertreter einer für unmittelbare Verhandlungen und Entscheidungen deutlich zu großen Bevölkerung (oder Teilgruppe) nicht von Stimmberechtigten gewählt, sondern aus eben dieser Bevölkerung (oder Teilgruppe) ausgelost werden. Die Ausgelosten repräsentieren dann als Stichprobe ihre Losgruppe, Grundgesamtheit genannt. Daneben wird demokratisches Losen zur Bestimmung einzelner Personen für konkrete Aufgaben genutzt.<sup>30</sup>

In beiden Fällen kommt das Los demokratisch nur infrage, wenn begründet egal ist, wen es trifft – oder anders gesagt: wenn der Souverän mit jeder Auslosung gleichermaßen zufrieden oder unzufrieden sein wird, jedenfalls nach der statistischen Wahrscheinlichkeit.

### 5.1 Ämterauslosung

Die Verlosung einzelner Ämter wird heute u. a. praktiziert, wenn zwei oder mehr Kandidaten bei einer Wahl gleich viele Stimmen erhalten haben, aber nur einer das Amt übernehmen kann. Die Wettbewerber haben die Unterstützung gleich vieler Wähler, so dass man im

---

<sup>28</sup> Zit. nach Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V., <http://www.humboldt-gesellschaft.org/alexander-von-humboldt.html> (Abruf am 19. Mai 2018)

<sup>29</sup> Vgl. zur aleatorischen Demokratietheorie *Hubertus Buchstein*, *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*, Frankfurt am Main 2009, S. 373-395.

<sup>30</sup> *Hubertus Buchstein*, a.a.O. (Fn 26), S. 386, sieht "in der Politik" drei Einsatzmöglichkeiten: "für die Herbeiführung von Sachentscheidungen, als Verteilungsinstrument für knappe vom Staat finanzierte Güter sowie zur Auswahl von Personen für politische Ämter." Dem ist nicht zu widersprechen, er fasst Personenauslosungen ohne Rücksicht auf Anzahl und Aufgabe als "politische Ämter" zusammen, was ich hier differenzieren möchte.

derzeitigen Wahlsystem sagen kann<sup>31</sup>, es sei egal, wer von den gleichplatzierten Kandidaten das Amt übernimmt.<sup>32</sup>

Da man unterstellen kann, dass es für praktisch jedes bedeutsame politische Amt mehrere geeignete Personen geben wird, ist die Auslosung auch in anderen Konstellationen denkbar. So fordert etwa eine Schweizer Initiative die Auslosung von Bundesrichtern.<sup>33</sup> Denn:

- Der grundlegendste Vorteil der Auslosung ist ihre Bedingung: es braucht mehrere Kandidaten, ansonsten gibt es ja nichts zu lösen.
- Dann gibt es eine absolute Chancengleichheit aller Bewerber. Geschlecht, Ethnie, Familienherkunft, Eloquenz, Prominenz, Beziehungen etc. spielen an sich keine Rolle – nur in der Häufigkeit, mit der sie im Lostopf vertreten sind.<sup>34</sup> Deshalb gibt es auch keine Pro-Forma-Kandidaten mehr.
- Ämterpatronage, Lobbyeinfluss und Korruption bei der Besetzung werden vereitelt, denn das Los ist unbestechlich. Für die Auslosung kann sich auch später niemand erkenntlich zeigen.
- Emotionale oder irrationale Stimmungsschwankungen von Wählern sind ausgeschlossen.
- Das Amtsverständnis ändert sich – und zwar auf beiden Seiten. Allen ist klar, dass es sich beim ausgelosten Amtsinhaber keineswegs um den einzig geeigneten Menschen handelt, der (momentan) unersetzbar wäre.
- Daher liegen regelmäßige Wechsel in der Besetzung durch neue Auslosung auf der Hand.

Trotz solch markanter Vorteile gibt es gegen Ämterauslosungen erhebliche Vorbehalte.

Mitverantwortlich dürfte sein, dass der häufig provokative Gebrauch von Reizwörtern wie Zufall, Schicksal, Lostrommel und Würfel aleatorische Demokratie negativ mit Beliebigkeit, Unberechenbarkeit und Willkür konnotiert.<sup>35</sup> Im Hinblick auf Ämterauslosungen wird dabei

---

<sup>31</sup> Dass bei einer Stichwahl zwischen zwei Kandidaten oft gegenüber dem vorherigen Patt ein deutlicher Unterschied in der Zustimmung feststellbar wäre, ist ein Argument für eine Wahlrechtsreform, die hier nicht Thema ist.

<sup>32</sup> Für weitere Beispiele zum Einsatz des Losverfahrens siehe die Sammlung in meinem Blog unter <http://www.timo-rieg.de/2016/04/losentscheide/>

<sup>33</sup> Siehe <https://www.justiz-initiative.ch/startseite.html> (Abruf am 7. Juli 2018).

<sup>34</sup> In diese Richtung gehen "amerikanische" bzw. "anonymisierte" Bewerbungen bei Stellenausschreibungen. Vgl. *Rocco Thiede* (Hrsg.), *Chance für alle. Anonyme Bewerbung Taschenbuch*, Freiburg 2013, sowie Informationen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

<sup>35</sup> Dass Auslosungen gerade keine Willkür sind, weil ihre Ergebnisse unwillkürliche zustande kommen, hat sehr energisch in einem Radio-Feature thematisiert: *Florian Felix Weyh*, *Der Chancengenerator. Warum wir besser*



die Qualifikationsbedingung unterschlagen. Deretwegen gibt es keinen ernstzunehmenden Vorschlag, etwa Regierungsmitglieder aus der Bevölkerung (oder auch nur aus dem Parlament) auszulosen. Da könnten Glückstreffer dabei sein, doch die Gefahr, dass auch völlig ungeeigneten Personen die Leitung von Ministerien übertragen würde, läge nahe 100 %. Zudem stünden die politischen Haltungen der Ausgelosten (aufgrund ihrer geringen Zahl) in keinerlei Verhältnis zur Bevölkerung. Eine solche Lotterie wäre nie als demokratisch zu bezeichnen. Unter den für aleatorische Demokratie geltenden Bedingungen hingegen ist die Auslosung (bestimmter) politischer Ämter hochinteressant<sup>36</sup>, soll aber zugunsten eines anderen Einsatzgebietes heute nicht weiter vertieft werden.

## 5.2 Gremienauslosung

Denn weiterreichend als die Ämterauslosung ist ein anderes altbekanntes, bei neuer Ausgestaltung jedoch zugleich innovatives Verfahren: die Delegation von Entscheidungen an eine Zufallsstichprobe (random sample). Bei entsprechender Größe und Methodik ist eine solche Auswahl repräsentativ für die Grundgesamtheit, es kommen in ihr also alle relevanten Merkmale im proportionalen Verhältnis vor.

Aus einer Stichprobe auf die Population zu schließen ist tägliche Praxis und weithin akzeptiert, man denke etwa an die gesamte Markt- und Konsumforschung oder an die „Sonntagsfrage“, bei der mit der Befragung von rund 1.000 Bürgern nach ihrer politischen Wahlpräferenz Aussagen über die politische Stimmung im gesamten Land gemacht werden. Aufgrund des „Mikro-Zensus“ werden weitreichende politische Entscheidungen getroffen. Wie nahe Stichprobenuntersuchungen an einer Vollerhebung sind, zeigt sich regelmäßig bei den Exit Polls (vgl. Faas 2017).

Für die Demokratie sind Meinungsumfragen außerhalb der Wahlforschung jedoch nur begrenzt hilfreich. Die Aussagen sind stark vom Studiendesign abhängig, welches wiederum mit den Interessen der Auftraggeber korreliert. Zudem behandeln Umfragen die Bürger zumeist wie politische Analphabeten und lassen sie nur Zustimmung oder Ablehnung für

---

mischen und uns weniger einmischen sollten, in: SWR2, 24. September 2017, 14:05 Uhr, <https://tinyurl.com/chancengenerator> (Abruf am 16. Juli 2018).

<sup>36</sup> Vgl. Michael Hein / Hubertus Buchstein, Der Demokratie in Europa täte es gut, wenn Macht ausgelost würde, in: FAZ, 5. Oktober 2011, S. N4, pdf unter <http://hubertus-buchstein.de/buchstein-hein2011.pdf> (Abruf am 16. Juli 2018).

vorgegebene Positionen äußern. Dialog, Rückfragen und ein Prozess der (neuen) Meinungsbildung sind nicht vorgesehen.

Demokratisch genutzt werden aleatorisch bestimmte Gremien bisher fast nur deliberativ.<sup>37</sup> Dabei erarbeiten ausgeloste Bürger in einem sehr strukturierten Verfahren namens Planungszelle oder „Citizens Jury“<sup>38</sup> binnen einer knappen Woche Empfehlungen zu konkreten Planungsfragen, die i. d. R. von der Kommunal- oder Landespolitik vorgegeben werden.<sup>39</sup> Sie erhalten dazu alle benötigten Informationen von Fachleuten und Lobbyisten, auch in Form von Hearings, Ortsbesichtigungen o. ä. Die dezidierten Beratungsergebnisse und ihre Genese werden in einem sog. Bürgergutachten zusammengefasst.<sup>40</sup>

Der Vorteil einer solchen Vertreterversammlung gegenüber jeder anderen Form liegt auf der Hand: Wir erhalten ein "Mini-Populus" ("Mini-Publics"), eine Miniaturausgabe des Volkes oder der Bevölkerungsgruppe, aus der die Stichprobe gezogen wurde (vgl. Ryan/ Smith 2014; Fishkin 2011). Wer hier Zweifel hat, dass die vertretenen Meinungen oder die gemeinsam erarbeiteten Positionen nicht repräsentativ sind, kann nur noch die Stichprobe vergrößern bis schließlich zur Vollerhebung mit allen Bürgern. Aber das ist schlicht und ergreifend nicht nötig, denn neben der Stochastik spricht schlicht die Empirie gegen den Einwand, selbst hunderte ausgeloste Bürger seien nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit: Parallel und voneinander völlig unabhängig beratende Zufallsgruppen sind Standard (Dienel/ Rieg 2019), und sollten sie zu divergierenden Ergebnissen kommen, wäre dies ein Zeichen für unzureichend geklärte Probleme. De facto kommen ausgeloste Bürger jedoch fast immer zu denselben Empfehlungen (vgl. die verlinkten Bürgergutachten unter <http://www.aleatorische-demokratie.de/liste-der-deutschen-planungszellen-citizens-jurys/>; kritisch zum Begriff der repräsentativen Stichprobe: Diekmann 2012: 430-432).

Die Erfahrungen mit Planungszellen/Citizens Juries/Mini-Publics sind außerordentlich gut: Die Teilnehmer sprechen sich in der obligatorischen Evaluation fast durchgängig für einen stärkeren Einsatz aus und würden Freunden oder Bekannten im Falle der Auslosung die Teilnahme empfehlen (Rieg 2017b). Auch die Auftraggeber aus der Politik äußern sich

---

<sup>37</sup> Vgl. zu dieser Konzeption *Peter Dienel*, Die kommende Verstetigung des Angebots Bürgerrolle, in: *ders.* (Hrsg.), *Die Befreiung der Politik*, Wiesbaden 2005, S. 150-174.

<sup>38</sup> Vgl. *Ned Crosby*, USA: The Citizens Jury Process, in: *Peter Dienel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn 37), S. 121-124.

<sup>39</sup> Vgl. *Peter Dienel*, Die Planungszelle. Der Bürger als Chance. Mit Statusreport, Wiesbaden 2002.

<sup>40</sup> Eine umfangreiche Sammlung an publizierten Bürgergutachten findet sich unter <http://www.aleatorische-demokratie.de/beispiele/>

regelmäßig sehr positiv zu den Arbeitsergebnissen.<sup>41</sup> Einige mediale Aufmerksamkeit bekam zuletzt der „Bürgerrat Demokratie“, in dem 160 aus ganz Deutschland per Los rekrutierte Einwohner an zwei Wochenenden im September 2019 in Leipzig über die Weiterentwicklung der Demokratie beraten haben. Die Ergebnisse in Form eines kurzen Bürgergutachtens nahm Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei einer öffentlichen Veranstaltung entgegen, seitdem erwähnt er das Modell ausgeloster Bürgerräte bei vielen Gelegenheiten mit Sympathie (s. für ausführliche Berichte, Podcasts und Verweise: <http://www.aleatorische-demokratie.de/planungszellen-fuer-demokratie/>).

Dass diese aleatorische Deliberation dennoch nur recht selten eingesetzt wird, gründet gerade in ihrer Qualität: Als Ergebnis gibt es keine Wunschlisten, keine Träumereien, keine Fortsetzung in belanglosen Arbeitsgruppen, sondern es gibt eindeutige Handlungsempfehlungen, die – bei richtigem Handling des Instrumentariums – genau so umsetzbar sind. Dieses Kerngeschäft überlassen Berufspolitiker und Verwaltungen aber nur sehr ungerne den „Laien“.<sup>42</sup>

Die vielfach dokumentierten sowie eigene Erfahrungen mit der politischen Arbeit ausgeloster Bürger bilden die Grundlage für mein Modell echter, über unverbindliche Empfehlungen hinausgehender aleatorischer Demokratie<sup>43</sup>, das ich kurz skizzieren möchte, weil sich daran die erwarteten grundlegenden Veränderungen aufzeigen lassen und weil es in seiner Einfachheit sowie Anlehnung an historische und moderne Erfahrungen als ein Basismodell angesehen werden darf, das dann in viele Richtungen erweitert und verändert werden kann.

## 6. Das aleatorische Bürgerparlament

---

<sup>41</sup> <sup>41</sup> Vgl. *Matthias König / Wolfgang König*, Qualitätskriterien von Planungszellen. Entwicklung und empirische Befunde. In: *Hans-Liudger Dienel / Kerstin Franzl / Raban Fuhrmann / Hans Lietzmann / Antoine Vergne* (Hrsg.), *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*, München 2014, S. 333-356.

<sup>42</sup> Entsprechend werden aleatorische Verfahren von der Politik entgegen ihrer Stärke gerade bei sehr allgemeinen Themen mit unverbindlichem Ergebnis eingesetzt, siehe m.w.N. *Timo Rieg*: Baden-Württemberg kann sogar Lotterie, <http://www.aleatorische-demokratie.de/buergerbeteiligung-mit-zufallsauswahl/> (Abruf am 25. Oktober 2018).

<sup>43</sup> *Timo Rieg*, a.a.O. (Fn 21), S. 143 - 201.

In dem von mir präferierten Modell aleatorischer Demokratie (Rieg 2013a) bleibt auf den ersten Blick alles beim Alten: weder braucht es neue Gremien oder Institutionen noch werden vorhandene abgeschafft. Was sich ändert, ist natürlich zunächst die Rekrutierung der Parlamentarier: per Los statt Wahl. Vor allem aber ändert sich die Arbeitsweise grundlegend. Und dieser Aspekt wird von den meisten Kritikern, vor allem den spöttischen, stets übersehen. Denn die ausgelosten Bürger sind konsequent Legislative. Sie machen keine Regierungspolitik, sie folgen keinen Koalitionsverträgen oder Oppositionslinien, sie biegen sich natürlich auch keine Wahlprogramme zurecht. Stattdessen prüfen sie sehr genau, unabhängig, unbestechlich, ohne Durchsetzungsvermögen für ihre Eigeninteressen und stellvertretend für den gesamten Souverän Gesetzentwürfe, die ihnen die Regierung (Fachministerien)<sup>44</sup>, eine Volksinitiative, Petitionen oder andere neue Partizipationsverfahren vorlegen.

Das aleatorische Bürgerparlament macht zwar die Gesetze, indem es sie beschließt, aber es muss sie sich nicht ausdenken, ja es kann sie sich gar nicht ausdenken, weil seine Mitglieder ohne politische Agenda antreten. Dem Bürgerparlament obliegt die Entscheidung, ob eine Regelung demokratisch gewollt ist. Bei der Prüfung kann es jeden Halbsatz und jedes Komma zurückweisen, auf dass die Fachleute einen Gesetzentwurf so lange verbessern, bis die Bürger ihn für gut und notwendig halten.

Damit das Bürgerparlament diese wichtige Aufgabe erledigen kann, sind drei Dinge essentiell:

**1.** Das Mandat der Bürgerparlamentarier muss strikt auf eine Woche begrenzt sein. Es darf keine Routine aufkommen, jede Form von Meinungsführerschaft einzelner soll strukturell unterbunden sein. Dieser Punkt sorgt immer fürs erste große „Hallo“: Völlig unmöglich sei das, die Themen viel zu komplex, als dass normale (gemeint ist regelmäßig: tendenziell etwas dümmliche) Bürger in so kurzer Zeit irgendetwas begreifen und darüber gar entscheiden könnten.

Dem ist aus der Theorie heraus zu entgegen: Gerade weil ausgeloste Bürger keine Experten zu einem speziellen Gesetzesthema sind, stellen sie die notwendigen Fragen, und dies so

---

<sup>44</sup> Derzeit kommen fast alle letztlich beschlossenen Gesetze von der Regierung, ggf. von den die Regierung stellenden Parteien. In der vergangenen 18. Legislaturperiode wurden 555 Gesetze beschlossen, davon waren 488 Regierungsvorlagen. Von der Opposition wurde keine einzige Gesetzesinitiative angenommen.

lange, bis ihnen eine Argumentation einleuchtet oder sie dieser sachlich widersprechen können. Sie gehen gerade bei komplizierten und ihnen fremden Themen nicht mit einer vorgefassten Meinung in die Beratungen. Zudem werden ihnen viel umfangreicher Informationen und gesellschaftliche Positionen dargelegt, als dies derzeit im Parlament und seinen Ausschüssen möglich ist. Sie beschäftigen sich auch intensiver mit jeder beliebigen Detailfrage als Berufspolitiker, denn sie stehen unter keinem Zeit- oder Erfolgsdruck, haben keinen Wahlkreis zu betreuen und keine Parteiverpflichtungen. Sie bearbeiten genau so viel, wie sie in einer Woche schaffen, dann machen andere Bürger weiter. Da Gesetzgebung in dieser Form viel deutlicher als heute ein Prozess ist (eben nicht formal begrenzt auf drei Lesungen, von denen zwei direkt hintereinander erfolgen können)<sup>45</sup>, an dem alle Bürgerparlamentarier beteiligt sind und nicht nur einzelne Anwesende, wird in der Summe genauer gearbeitet (mehr dazu im übernächsten Punkt). Gerade der Wechsel der beteiligten Bürger nach einer Woche garantiert die demokratische Willensbildung. Denn wenn eine Gesetzgebung davon abhängig wäre, dass eine bestimmte Bürgergruppe den Prozess von Anfang bis Ende in der Hand hat, und wenn die Gefahr bestünde, andere Bürger würden anders entscheiden, dann wäre die Entscheidung nicht mehr repräsentativ für den Souverän, sondern so wie heute: das mehr oder weniger zufällige Ergebnis einer Parlamentszusammensetzung und der im Hintergrund wirkenden Kräfte.

Aus der Praxis heraus ist Kritikern zu entgegnen: In der bisherigen deliberativen Anwendung aleatorischer Bürgerbeteiligung klappt es hervorragend, dass sich per Los dazu bestimmte Menschen auch mit sehr komplexen Themen befassen, die sie ansonsten nicht im Geringsten interessiert hätten, und sie kommen meist zu Konsensentscheidungen.<sup>46</sup> Anders als in heutigen Parlamenten müssen ausgeloste Bürger verstanden haben, um was es geht, und am Ende steht tatsächlich wenigstens die Mehrheit gänzlich hinter der Entscheidung. Für ausgeloste Bürger gibt es nicht den geringsten Grund zum dumpfen Abnicken.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> Vgl. u.a. § 86 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags, [https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go\\_btg/go08/245176](https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/go08/245176) (Abruf am 14.05.2018).

<sup>46</sup> Zu einem besseren Verfahren für Konsensentscheidungen vgl. *Erich Visotschnig*, Nicht über unsere Köpfe. Wie ein neues Wahlsystem die Demokratie retten kann, München 2018.

<sup>47</sup> Vgl. *Marco Bülow*, Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter. Berlin: 2010. Der Autor ist seit 2002 bis heute MdB.

Ceterum censeo: Empirie statt Theorie, bitte! Gerade wer die durchweg positiven Ergebnisse aus der (unverbindlichen) Deliberation nicht für übertragbar auf das politische Alltagsgeschäft hält, sollte an Feldforschung interessiert sein, also an Experimenten.

**2.** Die Beratungen der ausgelosten Bürger finden niemals im Plenum statt wie bei den heutigen Show-Debatten (vgl. Apel 1993: 176), sondern in kleinen Gruppen mit fünf Personen.<sup>48</sup> Die Beratungen dieser Kleingruppen sind nicht öffentlich<sup>49</sup>, um eine echte Meinungsbildung ohne Fensterreden und ohne Ansehensverlust bei Meinungsänderungen zu gewährleisten. Es gibt auch keine Moderatoren, Assistenten oder ähnliches. Das einzige, was es in diesen Kleingruppen gibt, sind Fragen zu Details eines Gesetzentwurfes, über deren Beantwortung sich die Mitglieder verständigen müssen. Das geschieht in einer Arbeitsphase von ca. ein bis zwei Stunden. Es ist also nur das Hinterfragen und ggf. Bewerten eines kleinen, überschaubaren Teilproblems bzw. seiner Lösungsvorschläge zu bewerkstelligen. Danach gibt es eine Erholungspause – und für die folgende Arbeitseinheit werden die Kleingruppen neu zusammengesetzt. Die Ergebnisse der vielen Kleingruppen werden in geeigneter Weise zusammengetragen und allen Bürgerparlamentariern vorgestellt und dann in neuen Kleingruppen weiterbearbeitet.<sup>50</sup>

Im Gegensatz zur heutigen Parlamentsarbeit sind also alle Volksvertreter intensiv mit dem Verhandlungsgegenstand befasst und ausnahmslos jeder kommt reichlich zu Wort.<sup>51</sup> Da die Auslosung der Teilnehmer bei entsprechender Größe des Parlaments für eine statistisch repräsentative Stichprobe der Bevölkerung sorgt (die bei Konsumforschung, Mikrozensus und Sonntagsfragen nicht bestritten wird), dürften die meisten relevanten Blickwinkel, Erfahrungshintergründe und sonstige Verschiedenheiten schon auf Entscheiderseite in den Prozess eingebunden sein.

---

<sup>48</sup> Vgl. *Hilmar Sturm*, Planungszelle/ Bürgergutachten als hochstandardisiertes Beteiligungsverfahren, in: *Hans-Liudger Dienel / Kerstin Franzl / Raban Fuhrmann / Hans Lietzmann / Antoine Vergne* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 41), S. 103-119.

<sup>49</sup> Anderer Ansicht: *John Burnheim*, The Demarchy Manifesto. For Better Public Policy, Exeter 2016, S. 71. *Burnheim* geht allerdings auf die Argumente gegen eine öffentliche Beratung nicht ein.

<sup>50</sup> Das genaue Prozedere muss an dieser Stelle sicherlich noch nicht interessieren. Für ausgeloste Bürgergruppen bis ca. 200 Personen liegen viele Praxisberichte vor. Für die Größe eines Bürgerparlaments mit 600 bis 1.000 Mitgliedern wird man sicherlich neue Techniken erproben, wie die vielen Einzelüberlegungen der Kleingruppen allen Bürgerparlamentariern für die Weiterarbeit effizient zugänglich gemacht werden können.

<sup>51</sup> Vgl. zum Status quo *Marco Bülow*, a.a.O. (Fn. 47), S. 58f.

3. Weil von ausgelosten Bürgern nicht erwartet wird, dass sie (zufällig) Experten in den Themen sind, die während ihrer einwöchigen Amtszeit zur Beratung und ggf. Beschlussfassung anstehen, müssen sie bestens, d. h. vor allem umfassend, unabhängig und transparent informiert werden. Die Informationsgeber sind alle schon heute aktiv: Ministerien mit ihren nachgeordneten Behörden, Parteien, Lobbyverbände, die wissenschaftlichen Dienste des Bundestags, Petenten, Bürgerinitiativen, Forschungseinrichtungen und viele mehr. Im Interesse bestmöglicher Entscheidungen müssen all diese Kompetenz- und Interessengruppen berücksichtigt werden und zur Meinungsbildung der ausgelosten Bürger beitragen können. Dies wird in der Praxis bisher durch sog. "neutrale Durchführungsträger"<sup>52</sup> gewährleistet. Diese auf Bürgerbeteiligung spezialisierten Firmen geloben, durch die Auswahl von Referenten und Informationsmaterialien, durch die Organisation von Ortsbesichtigungen, Podiumsdiskussionen und dergleichen für eine im Rahmen des Möglichen objektive Information der ausgelosten Bürger zu sorgen. Natürlich wird hier stets das entscheidende Einfallstor für Manipulation gesehen<sup>53</sup>, doch dieses lässt sich mit der ganzen Kraft des Kapitalismus sehr einfach verriegeln: indem nämlich die Bürgerparlamentarier selbst am Ende ihrer einwöchigen Amtszeit in einer peniblen Evaluation u. a. auf verspürte Einflussnahmen und Unausgewogenheiten befragt werden. Dies ist in der Deliberation state of the art und lässt sich natürlich mit wachsender Bedeutung der Bürgervoten noch deutlich ausbauen: Eine aleatorische Demokratie würde sich zunehmend gerichtlich überprüfbare Regeln geben; man könnte allgemeine Einspruchsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen, es würden mehrere Unternehmen parallel mit der Vorbereitung des Beratungsprozesses beauftragt etc. – all solche Details müssen im Moment nicht interessieren. Es sollte genügen zu sehen, dass jede Form von Lobbyarbeit nur transparent und nach klaren Regeln in den Prozess einfließen kann. Bürgerparlamentarier sollen nicht selbst Gesetzestexte schreiben, sie sollen solange die Entwürfe der Experten hinterfragen, kritisieren, verwerfen, bis die bestmögliche Fassung vorliegt. In vielen Fällen wird das sicherlich heißen, dass ein Gesetzeswunsch der Regierung

---

<sup>52</sup> Vgl. Benno Trütken, Qualitätskriterien für die Durchführung von Planungszellen, in: Peter Dienel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 37), S. 141-143.

<sup>53</sup> Z.B. Wolfgang Merkel, Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt 2015. Siehe dazu meine Entgegnung: Timo Rieg, Nur wissenschaftlicher Schein?, <http://www.timo-rieg.de/2015/07/deliberative-demokratie/> (Abruf am 14.05.2018).

(die in meinem Modell direkt gewählt würde<sup>54</sup>) in gar keiner Form realisiert wird, weil die Bevölkerung sich diese Regelung nicht auferlegen möchte. Damit verfängt jedenfalls die oft vorgetragene Kritik nicht, Parlamentarier müssten selbst Experten sein (vgl. Fishkin 2018). Mit diesen drei Prämissen – Amtszeit der ausgelosten Bürger nur eine Woche, Beratung in ständig wechselnden Kleingruppen sowie Bereitstellung aller relevanten Informationen und Meinungen für die Beratung – hätten wir eine völlig andere Politik als heute:

- Durch die Auslosung erhalten wir ein „Mini-Populus“<sup>55</sup>, dessen Zusammensetzung weit vielfältiger ist als jeder Land- oder Bundestag, als jede Partei, Bürgerinitiative oder öffentliche Versammlung. Bei entsprechender Größe sind alle relevanten Merkmale der Grundgesamtheit repräsentiert.<sup>56</sup> Damit kann ein aleatorisches Bürgerparlament legitim für die Gesamtbevölkerung entscheiden.
- Bürgerparlamentarier arbeiten rein an der Sache orientiert. Sie können damit keine Karriere machen, sie sind niemandem verpflichtet und müssen daher niemandem gefallen ("freies Mandat").
- Bürgerparlamentarier haben keine öffentlichen Auftritte, versprechen nichts, betreiben keinen Wahlkampf, sitzen in keiner Talkshow.
- Durch den stetigen Wechsel aller Bürgerparlamentarier wird gerade nichts per Zufall entschieden. Jedes Teilergebnis der Beratung muss so genau begründet werden, dass die nächste Gruppe ausgeloster Bürger daran weiterarbeiten mag.

---

<sup>54</sup> Vgl. *Timo Rieg*, a.a.O. (Fn 21), S. 155-159.

<sup>55</sup> Vgl. *Robert Dahl*, *Sketches for a Democratic Utopia*, in: *Scandinavian Political Studies* 10/3, S. 195-206 (1987), online: [https://tidsskrift.dk/scandinavian\\_political\\_studies/article/view/32574/30597](https://tidsskrift.dk/scandinavian_political_studies/article/view/32574/30597) (Abruf am 29. Oktober 2018).

<sup>56</sup> Erstaunlicherweise wird immer wieder von Kritikastern die Repräsentativität bestritten, z.B. ausgiebig von *Daniel Baron*, *Das schwere Los der Demokratie. Potentiale und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren*, Marburg 2014. M.E. ist dies wieder die Suche nach dem Haar in der Suppe. Ja, irgendein Merkmal ist sicherlich nicht vertreten, wenn wir nicht die gesamte Bevölkerung heranziehen. Aber zum einen ist eine solche Stichprobe eben weit näher an der Bevölkerung als jedes Parlament, zum anderen kommt es für die Beratung viel weniger darauf an, dass unter den Losbürgern jede Nuance vertreten ist, als dass beim Informations-Input alles Relevante berücksichtigt wird. Anstatt bspw. einen "Quoten-Obdachlosen" in die geschichtete Stichprobe zu schieben, gehört er ggf. als Lobbyist und Experte in eigener Sache auf die Referentenseite.



- Weil die Auslosung jeden treffen kann, hat jeder die gleiche Chance auf Mitwirkung. Und mit der Zeit kennt zumindest jeder jemanden, der einen kennt, der bereits Bürgerparlamentarier war.<sup>57</sup> "Die da oben (in Berlin)" werden "wir".
- Jede Idee bekommt eine Chance. Parteien spielen keine Rolle mehr als Gatekeeper. Zugespitzt: Das Denken lohnt sich wieder.
- Der Journalismus wird von seiner Fokussierung auf Berufspolitiker befreit – und muss sich mit Recherchen profilieren. Der Parteizirkus, der heute mit all seinen Machtspielchen und Intrigen die Titelseiten füllt und uns oft über Wochen hinweg mit geradezu Irrelevantem beschäftigt, wird niemanden mehr interessieren. Gesellschaftliche Diskussionen können plötzlich sachlich geführt werden – und aufgrund der latenten Möglichkeit für jeden Bürger, bei einer der wöchentlichen Auslosungen gezogen zu werden, wird politisches Interesse relevant. Dann sind Medien tatsächlich "ein Marktplatz der Ideen [...], ein Feld der Verständigung oder ein Scharnier zwischen Staat und Bürgern" (Meyen 2018: 178), wobei vielleicht ein neues Bild hilfreich wäre, das keinen Staat als Gegenüber 'der Leute draußen im Land' kennt.
- Versteckte Lobbyarbeit hätte keine Chance. Denn sie wird aus den Hinterzimmern, Restaurants und Abgeordnetenbüros ins Scheinwerferlicht des Parlaments gestellt.<sup>58</sup> Einen geheimen Zugang zu den Bürgerparlamentariern gibt es nicht – und er wäre beim vorgeschlagenen Verfahren auch völlig wirkungslos.
- Damit wird es endlich möglich, auch große Dinge zu bewegen – so, wie die Menschen es wollen, und zwar nicht aus einem Bauchgefühl heraus (wie evtl. bei einer Volksabstimmung), sondern nach ausgiebiger Beratung mit allem Wenn und Aber. Dass Gesetze in einem günstigen Moment "durchs Parlament gepeitscht werden", ist ausgeschlossen. Selbstbedienung ist unmöglich. Und es wird kein Gesetz in Kraft treten, nur weil man ja irgendwas tun muss.

---

<sup>57</sup> Nur für die Größenordnung: Nehmen wir 50 Parlamentswochen pro Jahr mit je 1.000 ausgelosten Bürgern an, schließen Mehrfachauslosung aus und ignorieren, dass ständig neue Bürger geboren werden bzw. Wahlrecht erlangen, andere dafür sterben, so bräuchte es zwar etwa 1.230 Jahre, bis alle heutigen Wahlberechtigten einmal Bürgerparlamentarier geworden sind, aber schon nach fünf Jahren wäre etwa jeder 250. Bürger bereits einmal Parlamentarier gewesen.

<sup>58</sup> Dies ist kein Widerspruch zur nicht-öffentlichen Beratung der Bürgerparlamentarier. Denn nicht nur deren Ergebnisse, sondern natürlich auch aller Input muss veröffentlicht werden. Geschützt wird nur die Meinungsbildung selbst.

- Da in einer aleatorischen Demokratie Willkür unmöglich ist, wird es weit weniger Beschränkungen der persönlichen Freiheit geben als heute: Es fehlt der Machthaber, der von dieser Macht über andere profitieren könnte.<sup>59</sup>
- Dieser Logik folgend werden in einer aleatorischen Demokratie vor allem Grundsatzfragen verbindlich geregelt, die bisher nicht angegangen werden und so viel Spielraum für parteitaktische Tageslaunen lassen.
- Andererseits kann aber auch jedes noch so kleine Detail im Bürgerparlament verhandelt werden. Während in der öffentlichen politischen Diskussion seit Jahrzehnten dieselben große Schlagworte dominieren, weil mit ihnen Aufmerksamkeit und Polarisierung generiert werden können, sind die Bürger vor allem von Behördenentscheidungen betroffen – von der Baugenehmigung über die Krankenkassenzuzahlung bis zum Ordnungswidrigkeitsverfahren. Daraus resultiert heute eine große Diskrepanz zwischen Partei- und Bürgerthemen. Ein Bürgerparlament kann sich all dieser vielen wichtigen kleinen Fragen annehmen – und wird stets zu prüfen haben, ob Detailregelungen nicht durch Grundsatzentscheidungen ersetzt werden können.

---

<sup>59</sup> Ausführlicher: *Timo Rieg*, Bevormundung ist ein lukratives Geschäft, in: <https://www.freitag.de/autoren/rieg/bevormundung-ist-ein-lukratives-geschaeft> (Abruf am 1. November 2018).

## 7. Abgrenzung zu anderen Modellen aleatorischer Demokratie

Es gibt unter dem Stichwort aleatorische Demokratie bzw. in dessen „Dunstfeld“ inzwischen eine Vielzahl unterschiedlicher Detailvorschläge, die sich voneinander abgrenzen, die nicht miteinander kompatibel sind und deren Vertreter einander je nach PR-Konzept ignorieren oder agitieren. Das macht viele der Überlegungen nicht weniger charmant, sorgt aber gerade in der augenblicklichen Phase für Verwirrung – und Ablenkung vom Wesentlichen. Auf einige wenige Vorschläge möchte ich hier eingehen.

- Da ist zunächst natürlich der inzwischen bekannteste Vorschlag von *David Van Reybrouck* zu nennen, wobei das konkrete Modell gar nicht von ihm stammt, sondern von *Terrill Bouricius*.<sup>60</sup> Er schlägt eine „Multi-Body Sortition“ vor, bei der sechs verschiedene Gremien an der Gesetzgebung beteiligt sind und das eigentliche Bürgerparlament aus der (stimmberechtigten) Gesamtbevölkerung ausgelost wird.<sup>61</sup>

Aus meiner Sicht ist dies eine von vielen denkbaren Verfeinerungen des Basismodells aleatorischer Demokratie. Zusammensetzung und Arbeitsweise der einzelnen Gremien zu diskutieren ist mir für den Moment aber zu theoretisch. Ich gehe davon aus, dass meine drei Prämissen ein Mehrkammersystem zur Machtkontrolle überflüssig machen werden, aber das muss die Empirie zeigen.

Natürlich bleibt vieles im Detail zu überlegen, z. B. wie die verschiedenen Ministerien Gesetzentwürfe ins Bürgerparlament einbringen (die sich ggf. widersprechen) und wie Bürger direkt Vorschläge einbringen können, die ob ihres speziellen Themas für klassische Verfahren der Volksgesetzgebung ungeeignet sind, deswegen aber keineswegs unwichtig sein müssen.

Auch wenn *Van Reybroucks* "Blaupause für eine auf dem Losverfahren basierende Demokratie"<sup>62</sup> im Detail auf eine andere Organisation setzt, ist dies im Hinblick auf die Gesamtargumentation nur eine Marginalie. Ich möchte jedenfalls meinen eigenen Vorschlag keineswegs als Alternative zu *Van Reybroucks* Ausführungen verstanden wissen. Unsere

---

<sup>60</sup> *Terrill Bouricius*, *Democracy Through Multi-Body Sortition: Athenian Lessons for the Modern Day*, in: *Journal of Public Deliberation*, 9. Jg (2013), H. 1, Article 11. Verfügbar unter <https://www.publicdeliberation.net/jpd/vol9/iss1/art11/>

<sup>61</sup> *David Van Reybrouck*, a.a.O. (Fn. 3), S. 146f.

<sup>62</sup> *David Van Reybrouck*, a.a.O. (Fn. 3), S. 144-154.

Begründungen für die Notwendigkeit aleatorischer Demokratie sind weitestgehend kompatibel, wenn auch konvergent entstanden und mit verschiedenen Schwerpunkten.<sup>63</sup>

Der wesentliche Unterschied unserer Modelle ist die von mir als unabdingbar betrachtete strikte Begrenzung der Amtszeit ausgeloster Bürger, aber auch darüber möge im Trial-and-Error-Verfahren anstatt in Wortschlachten entschieden werden.

Sollte sich die herrschende Politik überhaupt jemals für echte aleatorische Demokratie öffnen, wird es eine Vielzahl von Feldversuchen geben, bevor ein Bürgerparlament "scharf geschaltet" wird, also wirklich Entscheidungen treffen darf. Bis dahin dürften die meisten Detaildiskussionen dem Ziel einer wirklichen Veränderung nur schaden, Stichwort: Haar in der Suppe.

- Gleichwohl muss ich allen Ideen, aleatorische Demokratie in das bestehende elektorale System zu integrieren, widersprechen, sofern sie die o. g. drei Grundbedingungen (6.) nicht erfüllen: weil sie die genuine Stärke aleatorischer Demokratie konterkarieren. Darunter fallen leider die populärsten bzw. in der Literatur dominierenden deutschsprachigen Konzepte. Eingehen möchte ich beispielhaft auf vier.

**a)** *Hubertus Buchstein* schlug ein „House of Lots“ in der Europäischen Union vor.<sup>64</sup> Diese neue zweite Kammer soll jeweils für zweieinhalb Jahre mit 200 per Los bestimmten Bürgern besetzt werden. Die Arbeit soll überwiegend in ausgelosten Arbeitsgruppen stattfinden. Entscheidungen sollen einer Dreiviertelmehrheit bedürfen. Durch die Besetzungslotterie erhält man natürlich die sehr wünschenswerte geschichtete Stichprobe, wenn sie mit 200 Vertretern für 512 Millionen Einwohner auch sehr klein ist. Doch werden die ausgelosten Bürger zu Berufspolitikern gemacht und damit genau dessen beraubt, was sie originär in die Politik einbringen sollen: Blick, Leben und Verstand der Beherrschten statt der Herrscher. Durch eine auf zweieinhalb Jahre angelegte Beschäftigung mit Politik, durch die ihnen zufallende Macht (Vorschlags- und Vetorecht für Gesetze) und das gesamte organisatorische

---

<sup>63</sup> "Demokratie für Deutschland" (Fn. 21) erschien 2013, "Gegen Wahlen" (Fn. 3) 2016.

<sup>64</sup> *Hubertus Buchstein*, Wählen, Losen und politische Gerechtigkeit. Plädoyer für einen 'demokratisch-deliberativen pouvoir neutre', in: ZPol 22. Jg (2012), H. 3, S. 395-405.

Setting werden sie binnen kürzester Zeit von Mitgliedern der ersten Kammer nicht mehr zu unterscheiden sein.<sup>65</sup>

**b)** *Patrizia Nanz* und *Claus Leggewie* haben mit der Einrichtung einer vierten Gewalt als Konsultative zwar einen sehr spannenden Übergangsvorschlag gemacht, den ich keineswegs zerreden will. Aber sie setzen dabei weder konsequent auf die Auslosung noch auf die kurzzeitige Befristung der Tätigkeit, was umso mehr verwundert, als sie selbst dadurch Probleme wie Meinungsführerschaft und Gruppendenken kommen sehen.<sup>66</sup>

**c)** *Christiane Bender* und *Hans Graßl* haben vorgeschlagen, 5 % der Sitze im Bundestag unter willigen Wählern auszulosen.<sup>67</sup> Hier haben wir neben der Professionalisierung des Laienjobs noch eine Selbstselektion, die mit aleatorischer Demokratie nicht mehr viel zu tun hat. Die entscheidende Frage an alle Reformvorschläge lautet doch: Was soll sich ändern? Nur ein paar andere Menschen als derzeit in die Prozesse einzubinden, wird die Welt nicht besser machen.

**d)** In zahlreichen deliberativen Bürgerräten wird nicht strikt per Zufallsstichprobe gearbeitet (die natürlich nötigenfalls geschichtet sein darf), sondern es werden Vertreter bestimmter (für unterrepräsentiert bzw. schwer per Los rekrutierbar gehaltener) Milieus vom Durchführungsträger bestimmt, so etwa beim Frankfurter Demokratiekonvent. In dem ersten irischen Bürgerrat waren Bürger und Politiker gemischt. Solche Zusammensetzungen sind eben nicht mehr aleatorisch und geben damit viele Vorteile der Versammlung „normaler Bürger“ auf. Man darf sogar diskutieren, ob nicht schon ein gesetzter, nicht-stimmberechtigter Vorsitzender eines gelosten Bürgerrates wie in den weiteren irischen Assemblys oder wie auch beim Bürgerrat Demokratie zu einer Verzerrung führen kann. Völlig abstrus werden dann Verfahren, für die sich die Teilnehmer selbst selektieren, sprich

---

<sup>65</sup> Vgl. *Christian Simmert*, *Die Lobby regiert das Land*, Berlin 2002, wemgleich ich *Hubertus Buchstein* (a.a.O., Fn. 29, S. 450) zustimme, "dass dies erst empirisch geprüft werden müsste".

<sup>66</sup> Vgl. *Patrizia Nanz / Claus Leggewie*, *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016 (S. 72). Ausführlichere Kritik dazu: *Timo Rieg*, *Repräsentative Bürgervoten dank Teilnehmer-Auslosung*, in: *Jörg Sommer* (Hrsg.): *Kursbuch Bürgerbeteiligung Band 2*, Berlin 2017 (S. 315-331).

<sup>67</sup> Vgl. *Christiane Bender / Hans Graßl*, *Losverfahren: Ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie?* in: *APuZ*, 64. Jg (2014), H 38-39, S. 31-37.

anmelden/ bewerben. Selbst wenn dies nur zu Test- und Erfahrungszwecken dienen soll: wir haben dort keine aleatorische Demokratie oder Deliberation.

Ebenso sollte klar sein, dass Zufallsstichproben im demokratischen Kontext eine Grundgesamtheit verlangen, die groß genug ist, eine unabhängige, gleichberechtigte Beratung der Ausgelosten zu gewährleisten. So sollte die statistische Wahrscheinlichkeit, dass sich Teilnehmer bereits kennen oder gar beruflich oder zivilgesellschaftlich miteinander zu tun haben, sehr gering sein. Diesen Anspruch können z.B. Losgruppen an einzelnen Schulen niemals erfüllen (vgl. Schleese 2019: 31-43)

### **8. Ausblick: Erprobungsmöglichkeiten**

Es gibt in Deutschland keine Erfahrung mit aleatorischer Demokratie – nur mit aleatorischer Deliberation. Es ist leicht zu begründen, weshalb das Nachnazideutschland sich "im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen" nicht als aleatorische Demokratie verfasst hat. Denn aleatorische Demokratie läuft dem zwar völlig natürlichen, in heutigen Gesellschaften aber ebenso absurden Machtstreben einzelner Populationsmitglieder zuwider. Wer sich selbst für genial, zum König geboren oder einfach nur für besonders ausgefuchst hält, kann seine Hybris in einer aleatorischen Demokratie nur ausleben, wenn er die Bevölkerung von jeder einzelnen seiner Ideen überzeugt. Darauf mag sich auch der Eitelste nicht einlassen, wenn es einfachere Wege zur Macht gibt.

Die Evaluation von Testläufen aleatorischer Demokratie wird anspruchsvoll: Denn wie die Qualität gemessen und bewertet wird, hängt von zahlreichen Parametern ab, die wiederum demokratisch legitimiert sein müssten. Wenn etwa ein Bürgerparlament im Testlauf ein Gesetz parallel zum Bundestag bearbeitet (nach den oben skizzierten Verfahren, im eigenen Tempo), dann erwarten wir ja gerade nicht dasselbe Ergebnis, sondern etwas Anderes, Besseres, mehr Zufriedenheit Erzeugendes. Auch Messung und Bewertung der Akzeptanz in der Bevölkerung sind heikel. Die Akzeptanz der Ergebnisse aleatorischer Demokratie ist stark von der medialen Vermittlung abhängig. Und ein großer Teil der Gesetzgebung ist wirklich sehr speziell, so dass sich dafür nur unmittelbar Betroffene interessieren, die ein ihnen nicht genehmes Ergebnis des Bürgerparlaments vermutlich als Beleg für seine Dysfunktionalität und damit gegen aleatorische Demokratie vermarkten werden. Ich bin überzeugt, dass eine

wissenschaftlich valide Evaluation möglich ist, aber ich weise schon jetzt darauf hin, dass die Methoden zu diskutieren sein werden, – nicht, weil sie meine Annahmen falsifizieren könnten und ich mich als Ideologe einer Erkenntnis beugen müsste, sondern weil immense Interessen im Spiel sein werden, nicht zuletzt Partikularinteressen der Wissenschaftler selbst.

Unsere Gesellschaft sollte sich mit aleatorischer Demokratie zunächst in Teilbereichen vertraut machen. Es gibt zig Bereiche, in denen die bisherige (vorgebliche) Partizipation m. E. durch aleatorische Demokratie ersetzt werden kann, und die sich für Testläufe besonders empfehlen.

**a) Rundfunk:** Als ein typisches Feld sei die rechtlich verbindliche Einbindung sogenannter "gesellschaftlich relevanter Gruppen" genannt, die öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunk kontrollieren sollen. Festgelegte Lobbygruppen entsenden derzeit in die Rundfunk- und Medienräte ihre Funktionäre, um "die Interessen der Allgemeinheit" zu vertreten.<sup>68</sup> Dass diese Vertreter in den Gremien "aus allen gesellschaftlichen Schichten"<sup>69</sup> kommen, ist natürlich eine Fiktion. Die von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Sport- und Naturschutzverbänden, Universitäten etc. entsandten bilden gemeinsam alles andere als einen Querschnitt der Bevölkerung, was schon als überdurchschnittlicher formaler Akademisierungsgrad ins Auge springt.<sup>70</sup> Als Vertreter der Allgemeinheit kommen sie auch deshalb nicht in Betracht, weil sie keinerlei verbindliche Rückbindung zu dieser haben, nicht einmal innerhalb ihrer eigenen Institutionen, in die sie dafür regelmäßig hierarchisch eingebunden sind.<sup>71</sup>

Als Alternative bietet sich auch hier die Auslosung aus der Gesamtbevölkerung an, um den Rundfunk zu demokratisieren, Parteien und andere Lobbygruppen zu entmachten und neue,

---

<sup>68</sup> Vgl. die sehr unkritische Bestandsaufnahme von *Fritz Wolf*, Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main 2013, S. 21, die im Übrigen auf vorhandene Reformvorschläge gar nicht eingeht.

<sup>69</sup> Vgl. *Brigitte Baetz*, Die unsichtbaren Stellvertreter. Gremien von ARD und ZDF, in: DLF, [https://www.deutschlandfunk.de/gremien-von-ard-und-zdf-die-unsichtbaren-stellvertreter.761.de.html?dram:article\\_id=284212](https://www.deutschlandfunk.de/gremien-von-ard-und-zdf-die-unsichtbaren-stellvertreter.761.de.html?dram:article_id=284212) (3. Mai 2014, Abruf vom 4. August 2018)

<sup>70</sup> So sind knapp 40% der Mitglieder des ZDF-Fernsehrates Doktoren.

<sup>71</sup> Vgl. *Wolfgang Rudzio*, Die organisierte Demokratie – Parteien und Verbände in der Bundesrepublik; Stuttgart 1982, S. 28. *Reinhard Göhner*, Demokratie in Verbänden – Vorschläge zur Willensbildung in Interessenverbänden. Mit Diskussionsbeiträgen von *Gerhard Rudolf Baum*, *Kurt H. Biedenkopf*, *Horst Ehmke*, *Heiner Geißler*, *Karl Heinz Hoffmann*, *Rolf Rodenstock*, München 1981.

innovative Ideen zu ermöglichen.<sup>72</sup> Denn zumindest bei Rundfunkräten darf man mir zustimmen, dass es nicht um Herrschaft über, sondern um Dienstleistung für die Bevölkerung gehen soll.

**b) Jugendpartizipation:** Aleatorische Demokratie kommt auch für die Meinungsbildung und -artikulation einzelner Bevölkerungsgruppen in Betracht. So ist die politisch-gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine Aufgabe laut UN-Kinderrechtskonvention:

„Das in der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) in Artikel 12 garantierte Recht auf Mitsprache und Beteiligung bringt ein Verständnis von Kindern als aktive Mitglieder der Gesellschaft zum Ausdruck. Dieses Recht gilt für Kinder jeden Alters. [...] Das Recht des Kindes auf Mitsprache und Beteiligung ist gleichzeitig ein Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention, das heißt: über die Formulierung eines Rechts hinaus beschreibt es, wie Kinderrechte umgesetzt werden sollen.“<sup>73</sup>

Ein gängiges Partizipationsverfahren sind sogenannte Kinder- und Jugendparlamente (s. zum Begriff der politischen Partizipation Gutmann 2019: 9-14). Doch neben der starken Selbstselektion, die jeder freiwilligen Beteiligung vorausgeht, haben wir hier noch die starke Gefahr der (paternalistischen) Lenkung, da solche Jugendgremien stets von Erwachsenen, im Allgemeinen Sozialpädagogen, betreut werden (ausführlich: Rieg 2020a). Zudem schwanken Jugend- und Schülerparlamente zwischen Rathaussimulation und Ferienspielen, also zwischen einer Adaption der parteipolitischen Profession und Unterhaltungsevent, um die Jugendlichen bei der Stange zu halten.<sup>74</sup>

Dass auch Jugendliche mit aleatorischer Demokratie zurechtkommen und ein strukturiertes, hierarchiefreies Beratungsverfahren schätzen, ist das Ergebnis zweier von mir im Auftrag eines Jugendverbandes durchgeführter Jugendforen als „Youth Citizens Jury“<sup>75</sup>. Die aus den

---

<sup>72</sup> Vgl. *Timo Rieg*, Stellvertreter für alle, in: *epd Medien* 39/2014 vom 26. September, S. 3-6.

<sup>73</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte, Partizipation. Ein Kinderrecht, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/project-childrens-rights-in-development/partizipation-von-kindern/> (Abruf vom 4. August 2018)

<sup>74</sup> Vgl. *Timo Rieg*, Trau keinem über 27. Hauptamtliche in der evangelischen Jugendarbeit, in: *Deutsches Pfarrerberblatt* 8/2007, S. 407-411.

<sup>75</sup> Vgl. *Timo Rieg*, Planungszellen mit Jugendlichen als Youth Citizens' Juries, in: *Hans-Liudger Dienel / Kerstin Franzl / Raban Fuhrmann / Hans Lietzmann / Antoine Vergne* (Hrsg.), a.a.O. (Fn 41), S. 355-368.



Einwohnermelderegistern gezogenen Jugendlichen bearbeiteten in vier Tagen keineswegs nur typische Jugendthemen (wie etwa die Jugendschutzregelungen), sondern auch allgemein Relevantes wie ökologische Landwirtschaft und Verteilung städtischer Finanzen.<sup>76</sup> Die jugendlichen Teilnehmer im Alter von 14 bis 17 Jahren erteilten dem Verfahren am Ende durchgängig Bestnoten und sprachen sich ausnahmslos für weitere Youth Citizens Juries aus – konkret auch anstelle von Jugendparlamenten.<sup>77</sup>

Just NRW, das Land der beiden Modellversuche, will sich gerade als erstes ein Landesjugendparlament geben, das sogar ein Antragsrecht gegenüber dem Landtag bekommen soll.<sup>78</sup> Dabei setzt die schwarz-gelbe Regierung allerdings wie zu erwarten nicht auf das innovative Losverfahren, sondern auf ein Direktwahl.<sup>79</sup> "Die Stimme der Jugend" kann sich so sicherlich nicht artikulieren. Bisher kommt das Projekt allerdings nicht aus dem Quark, wie zu erwarten meutern alle Lobbygruppen, die sich durch Wahlverfahren übergangen sehen (s. beispielhaft BDKJ Aachen 2019).

Aleatorische Demokratie liegt in der Luft, denn das Konzept überzeugt nach meiner Beobachtung die meisten, die es einmal ausführlich und fair vorgestellt bekommen. Entsprechend viele und verschiedene Initiativen gibt es derzeit.<sup>80</sup>

Nachdem der Bürgerrat Demokratie<sup>81</sup> nach viertägiger Beratung bei nur einer Gegenstimme beschlossen hat, die "parlamentarisch-repräsentative Demokratie soll durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie ergänzt werden" und mit 89 % dafür votiert, Volksentscheiden immer einen ausgelosten Bürgerrat vorzuschalten, "um die Fragestellungen vorzubereiten und Informationen zusammenzutragen" (Mehr Demokratie

---

<sup>76</sup> Dokumente zu den beiden Modellversuchen unter: <http://www.aleatorische-demokratie.de/youth-citizens-jury/>

<sup>77</sup> Vgl. *Nicolas Bach*, Kriterien für eine erfolgreiche Beteiligung Jugendlicher in Schülerplanungszellen. Evaluation des ersten Bochumer Jugendforums, in: *Hans-Liudger Dienel / Kerstin Franzl / Raban Fuhrmann / Hans Lietzmann / Antoine Vergne* (Hrsg.), a.a.O., (Fn 41), S. 369-383.

<sup>78</sup> CDU/ FDP, Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022, S. 98.

<sup>79</sup> *Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, per. Mitteilung vom 31. Januar 2018.

<sup>80</sup> Für eine Sammlung von Initiativen siehe: <http://www.aleatorische-demokratie.de/initiativen-fuer-aleatorische-demokratie/>

<sup>81</sup> Vgl. *Roman Huber / Anne Dänner*, Experiment Bürgergutachten. Wie können wir die Demokratie stärken? in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31. Jg. (2018), H. 1-2, S. 169-175, und Nexus Institut Berlin, <https://www.nexusinstitut.de/de/arbeits-forschungsbereiche/buergergesellschaft-globalisierung-und-identitaet/40-laufende-projekte/772-buergergutachten-demokratie> (Abruf 20. Oktober 2018).

2019: 9f) ist nun die Politik begründungspflichtig, warum sie den demokratischen Willen des Souveräns weiterhin ignorieren und ein „alle Macht geht vom Volke aus“ durch ein „alle Macht geht von den Parteien aus“ ersetzt.

Als nächstes sollte es einen bundesweiten Bürgerrat zur Klimakrise geben, wie ihn andere Länder bereits haben – die Corona-Politik hat dieses Ansinnen des Vereins „Mehr Demokratie“ und seiner Partner erstmal auf Eis gelegt. Aber er wird kommen, denn die Teilnehmer aleatorischer Beteiligungsverfahren haben erlebt, was Robert Jende (2019), Erfinder der „performativen Soziologie“, die „Rationalität der Demokratie“ nennt:

„Wertschätzend mit anderen gemeinsam wirksam werden.“

An vielen Stellen wird derzeit für ausgeloste Bürgerräte geworben, prominent etwa von der jungen Klimaschutzbewegung „Extinction Rebellion“. Auf kommunaler Ebene wird auch schon eine ganze Menge realisiert, in großem Stil z. B. im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg (s. mit weiteren Verweisen: <http://www.aleatorische-demokratie.de/buergerraete-berlin-tempelhof-schoeneberg/>). Doch nur, weil im deliberativen Bereich plötzlich an vielen Stellen auf die Auslosung von Teilnehmern gesetzt wird, sind wir noch lange nicht auf dem Weg zu einer aleatorischen Demokratie. Ganz im Gegenteil muss gerade die augenblickliche Begeisterung fürs Partizipationslotto wachsam machen, schließlich lässt sich mit schlecht durchgeführten Verfahren aleatorische Demokratie schnell diskreditieren. Wir brauchen also dringend eine wachsame Politologie. Und diese selbst braucht eine Supervision, warum sie die größte demokratische Innovation in der Bundesrepublik Deutschland bisher verschlafen hat.

## 9. Literaturverzeichnis

- Annan, Kofi (2017): The Crisis of Democracy, in:  
<http://www.kofiannanfoundation.org/supporting-democracy-and-elections-with-integrity/athens-democracy-forum/> (This speech was originally made by Kofi Annan at the 2017 Athens Democracy Forum on 13 September 2017)
- Apel, Hans (1993): Die deformierte Demokratie – Parteienherrschaft in Deutschland; München: Knauer
- Bach, Nicolas (2014): Kriterien für eine erfolgreiche Beteiligung Jugendlicher in Schülerplanungszellen – Evaluation des ersten Bochumer Jugendforums, in: Hans-Liudger Dienel et al., S. 369-383
- Baetz, Brigitte (2014): Die unsichtbaren Stellvertreter. Gremien von ARD und ZDF, in: DLF, [https://www.deutschlandfunk.de/gremien-von-ard-und-zdf-die-unsichtbaren-stellvertreter.761.de.html?dram:article\\_id=284212](https://www.deutschlandfunk.de/gremien-von-ard-und-zdf-die-unsichtbaren-stellvertreter.761.de.html?dram:article_id=284212)
- Baron, Daniel (2014): Das schwere Los der Demokratie – Potentiale und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren, Marburg: Tectum
- BDKJ Diözesanversammlung Aachen (2019): Stellungnahme zum Landesjugendparlament; Beschluss Antrag Nr. 04, 30. Juni 2019, <https://www.bdkj-aachen.de/wp-content/uploads/2019/09/190630-Beschluss-4-Positionierung-Landesjugendparlament-Kolping.pdf>
- Bender, Christiane / Hans Graßl, Losverfahren. Ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie? in: APuZ, 64 Jg. (2014), H 38-39, S. 31-37; <https://www.bpb.de/apuz/191195/losverfahren-ein-beitrag-zur-staerkung-der-demokratie>
- Bouricius, Terrill (2013): Democracy Through Multi-Body Sortition: Athenian Lessons for the Modern Day, in: Journal of Public Deliberation, 9. Jg, H. 1 , Article 11. Verfügbar unter <https://www.publicdeliberation.net/jpd/vol9/iss1/art11/>
- Brown, Mark (2018): Deliberation and Representation, in: Andre Bächtiger/ John Dryzek/ Jane Mansbridge/ Mark Warren (Hrsg.): The Oxford Handbook of Deliberative Democracy, DOI: [10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.58](https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.58)
- Buchstein, Hubertus (2009): Demokratie und Lotterie – Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU, Frankfurt am Main: Campus
- Buchstein, Hubertus (2012): Wählen, Losen und politische Gerechtigkeit. Plädoyer für einen 'demokratisch-deliberativen pouvoir neutre', in: ZPol 22. Jg., H. 3, S. 395-405
- Buchstein, Hubertus (2017): Aleatorische Demokratie – Perspektiven eines Quereinsteigers (Rezension zu Van Reybrouck, David: Gegen Wahlen), in: ZParl, 48. Jg., H. 2, S. 450 - 451
- Bülow, Marco (2010): Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter. Berlin: Econ
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2015): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn

- Burnheim, John (2016): *The Demarchy Manifesto – For Better Public Policy*, Exeter: Imprint Academic
- Crosby, Ned (2005): USA – The Citizens Jury Process, in: Peter Dienel (Hrsg.), S. 121-124
- Dahl, Robert (1987): Sketches for a Democratic Utopia, in: *Scandinavian Political Studies* 10/3, S. 195-206, online: [https://tidsskrift.dk/scandinavian\\_political\\_studies/article/view/32574/30597](https://tidsskrift.dk/scandinavian_political_studies/article/view/32574/30597)
- Decker, Frank (2018): Direkte Demokratie auf Landes- und Bundesebene – Welche Verfahren sind geeignet? in: *ZParl*, 49. Jg. (2018), H. 3, S. 639 – 657
- Diekmann, Andreas (2012): *Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Hamburg: Rowohlt (6. Auflage)
- Dienel, Hans-Liudger/ Kerstin Franzl/ Raban Fuhrmann/ Hans Lietzmann/ Antoine Vergne (Hrsg.) (2014): *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren – Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*, München: Ökom
- Dienel, Hans-Liudger/ Timo Rieg (2019): Qualitätsstandards von Bürgerbeteiligungsverfahren mit Zufallsauswahl; in: Jörg Sommer (Hrsg.): *Kursbuch Bürgerbeteiligung Band 3*, Berlin: Verlag Deutsche Umweltstiftung, S. 191-205
- Dienel, Peter (2002): *Die Planungszelle – Der Bürger als Chance – Mit Statusreport*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (5. Auflage)
- Dienel, Peter (2005): Die kommende Verstetigung des Angebots Bürgerrolle, in: ders. (Hrsg.), *Die Befreiung der Politik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 150-174
- Ehring, Georg (2018): "Keiner gibt zu, dass es schon fünf nach zwölf ist", in DLF, [https://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-die-erderwaermung-keiner-gibt-zu-dass-es-schon.724.de.html?dram:article\\_id=418954](https://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-die-erderwaermung-keiner-gibt-zu-dass-es-schon.724.de.html?dram:article_id=418954)
- Faas, Thorsten (2017): Demoskopische Befunde – ihre Hintergründe, ihre Verarbeitung, ihre Folgen -Einige (ein)leitende Überlegungen, in: ders./ Dietmar Molthagen/ Tobias Mörschel (Hrsg.): *Demokratie und Demoskopie Machen Zahlen Politik?* Wiesbaden: Springer VS, S. 7-24
- Fishkin, James (2011): *When the people speak. Deliberative democracy and public consultation*, Oxford: Oxford University Press
- Göhner, Reinhard (1981): *Demokratie in Verbänden – Vorschläge zur Willensbildung in Interessenverbänden – Mit Diskussionsbeiträgen von Gerhard Rudolf Baum, Kurt H. Biedenkopf, Horst Ehmke, Heiner Geißler, Karl Heinz Hoffmann, Rolf Rodenstock*, München: Olzog
- Gutmann, Carolin (2019): Wenn politische Beteiligung als „Luxus“ erlebt wird - Eine Gruppendiskussion über politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund, München: Bayerischer Forschungsverbund Zukunft der Demokratie, Working Paper Nr. 1, <https://fordemocracy.hypotheses.org/2282>
- Habeck, Robert/ Jochen Wegner/ Christoph Amend (2018): Ist die Welt noch zu retten – und die Grünen auch? <https://www.zeit.de/video/2018-04/5771923176001/die-lange-nacht-der-zeit-live-aufzeichnung-podcast-alles-gesagt-mit-gruenen-chef-robert-habeck> (17.04.2018)
- Hardtke, Arnd/ Marco Prehn (2001): *Perspektiven der Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Erfolgsstrategie*, Wiesbaden: Springer

- Hein, Michael/ Hubertus Buchstein (2011): Der Demokratie in Europa täte es gut, wenn Macht ausgelost würde, in: FAZ, 5. Oktober 2011, S. N4, pdf unter <http://hubertus-buchstein.de/buchstein-hein2011.pdf>
- Hradil, Stefan (2015): Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), S. 10-29
- Huber, Roman/ Anne Dänner (2018): Experiment Bürgergutachten. Wie können wir die Demokratie stärken? in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31. Jg., H. 1-2, S. 169-175
- Ibrahim, Ardan (2019): Demokratie – Tyrannen, die sich selbst entmachten, in: Blog "What you read is what I've felt", <https://wyriwif.wordpress.com/2019/03/23/demokratie-tyrannen-die-sich-selbst-entmachten/> (23.03.2019)
- Jende, Robert (2019): Demokratie aus dem Lostopf, in: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): ForDemocracy, <https://fordemocracy.hypotheses.org/1566> [27.03.2019; abg. 21.04.2020]
- König, Matthias/ Wolfgang König (2014): Qualitätskriterien von Planungszellen. Entwicklung und empirische Befunde. In: Hans-Liudger Dienel et al., S. 333-356
- Lembcke, Oliver (2016): Theorie demokratischer Repräsentation, in: ders./ Claudia Ritzi/ Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden: Springer VS, S. 23-58
- Lhotta, Roland (2013): Gehen Sie nicht über Los! Eine Erwiderung auf Hubertus Buchstein, in: ZParl, 44. Jg., H. 2, S. 404-418
- Mehr Demokratie e.V. (Hrsg.) (2019): Bürgergutachten Demokratie – Die Empfehlungen des Bürgerrats in Leipzig, Berlin, <https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/buergergutachten.pdf>
- Meier, Klaus/ Vinzenz Wyss (2020): Journalismus in der Krise- Die fünf Defizite der Corona-Berichterstattung, in: in: Meedia, <https://meedia.de/2020/04/09/journalismus-in-der-krise-die-fuenf-defizite-der-corona-berichterstattung/> (09.04.2020)
- Merkel, Wolfgang (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung
- Meyen, Michael (2018): Breaking News – Die Welt im Ausnahmezustand. Wie uns die Medien regieren, Frankfurt: Westend
- Meyen, Michael (2020a): Daten + Experten = Demokratie? In: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): ForDemocracy 2020. <https://fordemocracy.hypotheses.org/2630> (19.03.2020; abg. 18.04.2020)
- Meyen, Michael (2020b): Die Medien-Epidemie, in: ders. (Hrsg.): Medienrealität 2020. <https://medienblog.hypotheses.org/9345> (18.03.2020; abg. 18.04.2020)
- Münkler, Herfried (2015): Die Entstehung des Mitte-Paradigmas in Politik und Gesellschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), S. 206-216
- Nanz, Patrizia/ Claus Leggewie (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin: Wagenbach
- Rich, Nathaniel (2019): Losing Earth (Aus dem Englischen von Willi Winkler), Berlin: Rowohlt

- Rieg, Timo/ Claus-M. Löblein (1995): Die rechtlichen Regelungen von Eingriffen und Behandlungen an Tieren zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, in: Alternativen zu Tierexperimenten ALTEX, 12. Jg., H. 2, S. 59-69 und H. 3, S. 123-128, Heidelberg: Spektrum
- Rieg, Timo (2007): Trau keinem über 27. Hauptamtliche in der evangelischen Jugendarbeit, in: Deutsches Pfarrerblatt 8/2007, S. 407-411, Archivversion unter <http://www.timo-rieg.de/wp-content/uploads/2011/04/Hauptamtliche-in-der-evangelischen-Jugendarbeit-von-Timo-Rieg.pdf>
- Rieg, Timo (2013a): Demokratie für Deutschland. Von unwählbaren Parteien und einer echten Alternative, Berlin: Berliner Konsortium
- Rieg, Timo (2013b): Youth Citizens Jury – Erfahrungen mit einem neuen Modell für Jugendpartizipation, in: deutsche jugend, 61. Jg, H. 6 S.245-253  
<http://www.timo-rieg.de/2018/01/youth-citizens-jury-erfahrungen-mit-einem-neuen-modell-fuer-jugendpartizipation/>
- Rieg, Timo (2014c): Biopsie-Befund Eppendorf-Syndrom, in: SpiegelKritik,  
<http://spiegelkritik.de/2014/05/04/biopsie-befund-eppendorf-syndrom/>
- Rieg, Timo (2014b): Planungszellen mit Jugendlichen als Youth Citizens' Juries, in: Hans-Liudger Dienel et al., S. 355-368
- Rieg, Timo (2014a): Stellvertreter für alle – Ein neues Verfahren für die Besetzung der Rundfunkgremien, in: epd Medien 39/2014 vom 26. September, S. 3-6
- Rieg, Timo (2014d): Was nur mit echter Demokratie geht. Warum wir das Bürgerparlament brauchen, in: Blog Timo Rieg, <http://www.timo-rieg.de/2014/09/nur-mit-echter-demokratie-geht-warum-wir-das-burgerparlament-brauchen/>
- Rieg, Timo (2015): Nur wissenschaftlicher Schein? Eine Entgegnung zu Wolfgang Merckels Kritik an der demokratischen Innovation Planungszelle, in: Blog Timo Rieg, <http://www.timo-rieg.de/2015/07/deliberative-demokratie/>
- Rieg, Timo (2016): Bevormundung ist ein lukratives Geschäft, in: der Freitag, 1.11.2016  
<https://www.freitag.de/autoren/rieg/bevormundung-ist-ein-lukratives-geschaeft>
- Rieg, Timo (2017): Repräsentative Bürgervoten dank Teilnehmer-Auslosung, in: Jörg Sommer (Hrsg.): Kursbuch Bürgerbeteiligung, Band 2, Berlin: Verlag Deutsche Umweltstiftung, S. 315-331
- Rieg, Timo (2019): Korpsgeist und Mauern des Schweigens, in: Deutschlandfunk Kultur, Politisches Feuilleton vom 27. März 2019,  
[https://www.deutschlandfunkkultur.de/polizeigewalt-korpsgeist-und-mauern-des-schweigens.1005.de.html?dram:article\\_id=444603](https://www.deutschlandfunkkultur.de/polizeigewalt-korpsgeist-und-mauern-des-schweigens.1005.de.html?dram:article_id=444603)
- Rieg, Timo (2020a): Auslosung als Chance demokratischer Jugendpartizipation, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2020 vom 08.04.2020, hrsg. von der Stiftung Mitarbeit;  
[https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/1\\_2020/nbb\\_beitrag\\_rieg\\_200408.pdf](https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/1_2020/nbb_beitrag_rieg_200408.pdf)
- Rieg, Timo (2020b): Der Corona-Gehorsam, in: Telepolis, 15. März 2020,  
<https://www.heise.de/tp/features/Der-Corona-Gehorsam-4682952.html>
- Rieg, Timo (2020c): Journalismus im Krankenstand, in: Telepolis, 26. März 2020,  
<https://www.heise.de/tp/features/Journalismus-im-Krankenstand-4691152.html>

- Rudzio, Wolfgang (1982): Die organisierte Demokratie – Parteien und Verbände in der Bundesrepublik, Stuttgart: Metzler
- Ryan, Matthew/ Graham Smith (2014): Defining Mini-Publics, in: Kimmo Grönlund/ André Bächtiger/ Maija Setälä (Hrsg.): Deliberative Mini-Publics – Involving Citizens in the Democratic Process, Colchester: ECPR Press, S. 9-26
- Schäuble, Wolfgang/ Stefan Braun/ Robert Rossmann (2018): "Das dauert alles zu lange" (Interview mit dem Bundestagspräsidenten), in: Süddeutsche Zeitung vom 12./13. Mai 2018, Nr. 108, S. 2. Laut dem beigefügten Meldungskasten ("Reizthema Wahlrecht") sagte Schäuble zu dem Problem, dass eine Parlamentsverkleinerung zulasten der Fraktionen gehen würde und daher wohl auf wenig Zustimmung stoßen wird: "Das ist ein klassisches Dilemma, aber Sie können deshalb ja nicht den Revolver nehmen und sich erschießen."
- Schleese, Friederike (2019): Energie- und Verkehrswende als Thema für Partizipation an Schulen am Beispiel des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten, Berlin: Technische Universität [unveröffentlichte Bachelorarbeit]
- Simmert, Christian (2002): Die Lobby regiert das Land, Berlin: Argon
- Singelstein, Tobias (2013): Körperverletzung im Amt durch Polizisten und die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaften – aus empirischer und strafprozessualer Sicht, in: Neue Kriminalpolitik (NK). 25. Jg., H 4, S. 15-27;  
[https://www.kriminologie.rub.de/images/pdf/Aufsatz\\_NK\\_14\\_01.pdf](https://www.kriminologie.rub.de/images/pdf/Aufsatz_NK_14_01.pdf) (Aktualisierter Nachdruck unter demselben Titel in: Astrid Klukkert, Jo Reichertz, Thomas Feltes (Hrsg.) (2019), Torn between Two Targets. Polizeiforschung zwischen Theorie und Praxis – zum Gedenken an Thomas Ohlemacher, Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 139-154
- Sturm, Hilmar (2014): Planungszelle/ Bürgergutachten als hochstandardisiertes Beteiligungsverfahren, in: Hans-Liudger Dienel et al., S. 103-119
- Thiede, Rocco (Hrsg.) (2013), Chance für alle. Anonyme Bewerbung Taschenbuch, Freiburg: Herder
- Trütken, Benno (2005): Qualitätskriterien für die Durchführung von Planungszellen, in: Peter Dienel (Hrsg.), S. 141-143
- Van Reybrouck, David (2016): Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Göttingen: Wallstein
- Van Reybrouck, David (2018): Against Elections. The Case for Democracy, New York: Seven Stories Press
- Vergne, Antoine (2011): Kleros & Demo. La théorie du tirage au sort en politique au banc d'essai de la pratique de la Planungszelle et du jury citoyen / Die Theorie des Losverfahrens in der Politik auf dem Prüfstand der Praxis der Planungszelle und der jury citoyen, Institut d'Études Politiques de Paris/ Freie Universität Berlin (Dissertation)  
[https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/3696/Demos\\_Kleros\\_Vergne.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/3696/Demos_Kleros_Vergne.pdf?sequence=1&isAllowed=y)
- Visotschnig, Erich (2018): Nicht über unsere Köpfe. Wie ein neues Wahlsystem die Demokratie retten kann, München: Ökom

- Welker, Martin (2016): Journalismus als Inklusions- und Partizipationsleistung, in: Martin Löffelholz/ Liane Rothenberger (Hrsg.), Handbuch Journalismustheorien, Wiesbaden: Springer VS, S. 385-402
- Weyh, Florina Felix (2007): Die letzte Wahl – Therapien für die leidende Demokratie, Frankfurt am Main: Eichborn
- Wolf, Fritz(2013): Im öffentlichen Auftrag – Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung

## 10. Über den Autor

Timo Rieg hat in Bochum Biologie und in Dortmund Journalistik studiert. Bereits sein erstes Buch 1992 beschäftigte sich provokativ mit Partizipation und Selbstbestimmung (Titel: "Artgerechte Jugendhaltung"). Aleatorische Verfahren lernte er zunächst über Peter Dienel als Planungszellen kennen. In den Jahren 2009 und 2010 führte Rieg im Auftrag eines Jugendverbandes zwei Experimente mit ausgelosten Jugendforen durch ("Youth Citizens Juries"). Timo Rieg ist Vorsitzender der "Demokratischen Gesellschaft – Verein zur Förderung aleatorischer Demokratie und Bürgerbeteiligung", Mitglied im "Qualitätsnetz Bürgergutachten" und Host des Podcasts zu Demokratiereformen "?Macht:Los!" (<https://machtlos.podigee.io/>).

Journalistisch ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Medienjournalismus, insbesondere die Journalismuskritik. Er ist u.a. Kolumnist beim Deutschlandfunk Kultur.

Kontakt:

Journalistenbüro.com  
Dipl.-Journ. Dipl.-Biol. Timo Rieg  
Postfach 44 01 21  
12001 Berlin  
Tel: 030-55573647  
Rieg@journalistenbuero.com